

Wolfswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ostpreußen-Schlesien je mm 0,12 Blotz für die nächstgelegene Seite, außerhalb 0,15 Bl. Anzeigen unter Text 0,60 Bl. von außerhalb 0,80 Bl. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

❖ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ❖

Abonnement: Vierteljährlich vom 16. bis 31. 5. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Postportale.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. A. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Zaleski über Polens Außenpolitik

Die deutsch-polnische Verständigung noch in weiter Ferne — Deutsche Wirtschaftskreise verhindern den Abschluß des Handelsvertrages — Sonderbare Auslegung des Haager Schiedsspruches — Unterstützung durch Italien — Friede und Freundschaft mit allen Staaten

Vor der deutschen Wahl

Sonntag wird das deutsche Volk seinen Reichstag wählen: das Sechzigmillionenvolk entscheidet über sein Schicksal und ganz Europa wartet auf das Ergebnis. Dennoch, so groß das Ereignis ist, so ist doch von Erregung auch in Deutschland selbst nicht allzuviel zu spüren. Vielleicht ist nichts kennzeichnender für die Periode der Geschichte, in die wir nun nach den Stürmen des letzten Jahrzehntes eingetreten sind, als daß in Frankreich wie in Deutschland gewählt wird ohne Aufregung, ohne Aussicht auf eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse.

Als Deutschland im Dezember 1924 zum letztenmal wählte, waren die schwersten Erschütterungen der Nachkriegszeit, Ruhrbesetzung und Inflation, eben vorübergegangen; der damals gewählte Reichstag war sozusagen das erste normale Parlament der deutschen Republik. Seit damals ist diese Republik den Weg der Stabilisierung weitergegangen; Deutschland hat seine Wirtschaft mächtig entwickelt, seine außenpolitischen Beziehungen geregelt, ist wieder in aller Form und mit allen Rechten in den Kreis der Weltmächte eingetreten. Das Deutschland, das vor zehn Jahren besetzt und gedemütigt, aus tausend Wunden blutend am Boden lag, das Deutschland, das vom Nieber der Putzschere und Fememorde geschüttelt wurde, gehört der Vergangenheit an. Das Deutschland von heute ist Mitglied des Völkerbundes, ist wirtschaftlich das fruchtbarste Land Europas, dem technischen Fortschritt dienend und von ihm bedient.

Dieses Deutschland von heute ist auch in seinem Innern konsolidiert. Vorbei die Zeit der Kämpfe zwischen Monarchie und Republik, zwischen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold; das deutsche Bürgertum hat sich mit der Republik abgefunden, sich auf den Boden der Tatsachen gestellt und mit der Erinnerung an die Monarchie im Herzen, die man gern bei einem Glase Rheinwein feiert, sind die deutschen Bürger heute Republikaner. Sie haben ein Kompromiß geschlossen, haben eine schwarzweißrote Fahne mit schwarzrotgoldenen Ädel, haben den Streit um des Kaisers Schnurrbart aufgegeben und dafür die geistliche Herrschaft über Deutschlands Städte und Schiffe, seine Wälder und Erze eingetauscht. Denn über das Deutschland, das mehr als je das Land der ragenden Schloten und der fleißigen Fabriken, ein Land der Arbeit und der Arbeiter ist, gebietet eine bürgerliche Regierung, gebildet aus nahezu allen bürgerlichen Parteien. Der Weg, den die deutsche Republik im Innern gegangen ist, ist der Weg der Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, der mit manchen Enttäuschungen für die deutsche Arbeiterklasse gepflastert war. Es ist der Weg von Weimar zum Bürgerblock.

So festgeronnen sind heute die Kräfteverhältnisse der Klassen in der deutschen Bourgeoisrepublik, daß auch von dieser Wahl keine einschneidende Veränderung erwartet wird. Wohl ist Deutschland kein Boden mehr für monarchistische oder faschistische Abenteuer, aber auch die Hoffnungen des deutschen Proletariats sind nicht auf himmelstürmenden Sieg, sind auf einen Linksruck gerichtet, der sich mit einem Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate, mit einem Zurückdrängen der Deutschnationalen, in die allgemeine Richtung der europäischen Entwicklung einfügen soll.

Noch stehen starke Teile der deutschen Arbeiterschaft im Banne der religiösen Ueberlieferung, im Lager der katholischen Zentrumspartei. Aber tiefer und tragischer ist die Spaltung, die das klassenbewußte Proletariat Deutschlands in zwei Teile zerreißt; größer und einschneidender ist die Schuld, die die Kommunisten an der verhältnismäßig allzu geringen Macht der deutschen Arbeiter in der deutschen Republik tragen. Man hat es vor kurzem in Frankreich gesehen; die Anzahl der proletarischen Stimmen ist von 1919, wo die sozialistische Partei noch geschlossen war, bis zur Wahl von 1928 von 1,6 Millionen auf 2,7 Millionen gestiegen; aber diese Stimmen verteilen sich heute auf zwei einander heftig bekämpfende Parteien, deren Bruderkampf geradezu das eigentliche politische Ereignis der Wahlschlacht bildete, und das Ergebnis ist, daß das zerrissene Proletariat viel schwächer ist, als seiner Wählerzahl, viel schwächer ist, als der Anzahl der gewählten Abgeordneten entspricht. Auch in Deutschland tobt dieser Bruderkampf mit unerminderter Schärfe; auch hier leidet die Schlagkraft beider proletarischen Parteien gegenüber der Bourgeoisie daran, daß sie so viel Energie auf die gegenseitige Bekämpfung verwenden, leidet noch mehr die Werbekraft des sozialistischen

Warschau. Am Freitag hielt Außenminister Zaleski vor dem außenpolitischen Ausschuss des Sejm eine Rede, in der er auf die wichtigsten Fragen der polnischen Außenpolitik einging.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erklärte der Minister, daß die letzten Neußerungen in der deutschen Presse ihn nicht optimistisch stimmen könnten, da sie nicht zum Aufkommen der für eine Zusammenarbeit unentbehrlichen Atmosphäre beitragen. Die polnische Grenzbezugsverordnung behandelte Zaleski zurückhaltend und erklärte lediglich ganz allgemein, daß die von Polen übernommenen Verpflichtungen durch die Verordnung nicht berührt würden. Die Verordnung über die Valorisierung der Zölle habe hingegen eine sichere Grundlage für die Zollverhandlungen geschaffen. Polen strebe nach einem normalen nachbarlichen Zusammenleben mit Deutschland und nach einem möglichst baldigen Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen. Die bisherigen Schwierigkeiten in den Verhandlungen über Wirtschaftsverträge seien ausschließlich auf die Bestrebungen bestimmter deutscher Wirtschaftskreise zurückzuführen.

Zum Haager Schiedsgerichtsurteil im oher-schlesischen Minderheitenkonflikt erklärte Zaleski, daß der Völkerbund nunmehr überlegen müsse, ob die i. J. durch den Beschluß vom 12. März 1927 eingeführte Sprachenprüfung weiter bestehen bleiben solle. Das Haager Schiedsgerichtsurteil habe die polnische These bestätigt, wonach die Bestimmung der Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht von dem Willen der Erziehungsberechtigten abhängt. Damit sei die Auffassung abgelehnt, daß jeder das Recht der

Zeichen Wahl für die Erziehung seiner Kinder durch die Minderheit oder die polnische Schule habe.

Bei der Besprechung der polnisch-russischen Fragen behandelte der Minister nur die seit Jahr und Tag schwebenden Wirtschafts- und Nichtangriffsverhandlungen, ohne den jüngsten polnisch-russischen Konflikt oder die in Vorbereitung befindliche polnische Antwortnote zu berühren und hob das polnische Interesse an einem Schiedsgerichtsvertrag für Osteuropa hervor.

Hinsichtlich Litauens bemerkte Zaleski, daß die polnische Regierung ein Höchstmaß an Nachgiebigkeit bewiesen habe, da sie die territoriale Frage unberührt gelassen habe, die im übrigen bereits durch die Völkervereinbarung endgültig entschieden sei. Zugeständnisse von polnischer Seite in diesem Punkte seien ausgeschlossen. Er hoffe jedoch, daß die Verhandlungen schließlich zu einem Ergebnis führen würden.

Bei Erörterung der polnisch-italienischen Beziehungen stellte Zaleski fest, daß infolge seiner Besprechungen mit Mussolini der Standpunkt beider Staaten sich genähert habe. Er sei überzeugt, daß Polen auf Unterstützung seiner Politik durch Italien rechnen könne.

Zum Schluß ging Zaleski auf die Völkerbundspolitik Polens ein. Er meinte, daß Polen bereits auf der achten Völkerbundversammlung eine Nichtangriffserklärung eingebracht habe, die den gleichen Zweck verfolgt habe, wie der jetzige amerikanische Vorschlag zur Lösung des Krieges. Zaleski erklärte, er könne noch nicht sagen, ob sich Polen dem amerikanischen Vorschlag anschließen werde, jedenfalls dürfe dieser neue Pakt nicht die Verteidigung des Landes im Falle eines Angriffes unmöglich machen und müsse alle Teilnehmer von ihren Verpflichtungen befreien, falls einer der Beteiligten einen Angriff unternähme.

Der erste Tag des Schachtj-Prozesses

Teilnahme des diplomatischen Korps — Ablehnung der Entlastungszeugen

Moskau. Vor den Eingängen des Moskauer Gewerkschaftshauses, des früheren „Adels-Klubs“ sind Wachen der G. P. U. aufgestellt, die auch die Gänge bewachen. Im Saal selbst sind vier Jupiterlampen für Filmaufnahmen und ein Funkenapparat aufgestellt. Vor dem Medium befindet sich der Platz für die ausländische und die Sowjetpresse. Kurz vor 10 Uhr werden in einzelnen Gruppen die Angeklagten heringeführt und nehmen auf der linken Hälfte des Podiums, umrahmt von Holzperchlagen und G. P. U.-Wachposten Platz. Der Prozeßsaal ist am Anfang nur spärlich gefüllt, die Galerie fast ganz leer.

In der Diplomaten-Loge sieht man den deutschen Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau sowie zahlreiche Oberbeamte der deutschen Botschaft. Der Beginn des Prozesses wird mit einer viertelstündigen Verspätung aufgenommen, die Jupiterlampen flammen auf und die Photoapparate setzen sich in Tätigkeit. Als einer der Ersten erscheint der Staatsanwalt Krylenko, von seinem Assistenten, Staatsanwalt Roginski begleitet und begibt sich auf den Platz des Gerichtshofes rechts auf dem Podium gegenüber den Angeklagten, vor denen an

einem langen Tisch die Verteidiger sitzen. Krylenko stellt nach Eröffnung des Prozesses fest, daß einer der Angeklagten fehlt und 11 Zeugen nicht erschienen sind. Seine Vermutung, der fehlende Angeklagte gebe wahrscheinlich Krankheit vor, wird von der Verteidigerin, im übrigen die einzige Frau auf der Verteidigerbank, in bestimmter Weise zurückgewiesen mit der Behauptung, daß die Ärzte ihn als verhandlungsunfähig bezeichnet hätten. Die Verteidiger bringen Entlastungsanträge ein, die sich Krylenko nervös aufzeichnet. Ab und zu wendet sich Krylenko ironisch lächelnd zu seinem Kollegen Roginski und nach dem Zuhörerraum. Der Verteidiger Badstieber beantragt, den Direktor der Firma Knapp in Wanne, Köster, als Zeugen zu laden.

Wie weiter gemeldet wird, beantragte der Verteidiger Dolmatowski die Vorladung des Chefingenieurs Sebold der Firma Knapp, der gegenwärtig in Charkow ist. Auch die Verteidiger Dyep und Worms beantragten die Vorladung einer Reihe von Entlastungszeugen, darunter den Direktor der A. E. G., Meimann.

Nach Eintritt einer sehr langen Pause, während der die Staatsanwälte die Anträge der Verteidiger prüfen, nimmt Krylenko Stellung zu diesen Anträgen. Auffallend ist sein ironischer Ton, gerade bezüglich der Anträge der Verteidiger der deutschen Angeklagten. Krylenko lehnt die Vorladung der Entlastungszeugen ab, da einige von ihnen, so Direktor Meimann, in die Angelegenheit selbst verwickelt seien. Falls die in Moskau erscheinen sollten, würden sie selbst der Anklage verfallen.

Darauf zieht sich der Gerichtshof zurück, um über die Anträge der Verteidigung zu beraten. Alle Angeklagten machen, mit ganz wenigen Ausnahmen, einen durchaus harmlosen Eindruck. Meist typische offene Russengeichter, viele alte Männer, deren Gesicht tiefe Arbeitsfurchen aufweist. Otto ist ein junger Ingenieur, der einen sehr ruhigen Eindruck macht. Badstieber zeigt ein sehr gedrücktes Aussehen. Meyer gleicht einem älteren besonnenen Arbeiter.

Kommunistische Akten in der Milchkanne

Warschau. An der polnisch-russischen Grenze bei Wilna wurden drei Milchkanne verhaftet, die mit Milchkanne auf Schleichwegen die Grenze zu überschreiten suchten. Bei ihrer Untersuchung wurden in der Milch geheime kommunistische Akten aufgefunden, die auf diese Weise über die Grenze geschmuggelt werden sollten.

Gedankens, der die noch Fernstehenden und Gleichgültigen nicht aufzurütteln vermag, weil er verwundet und geschwächt ist durch den Streit seiner Anhänger. Nichts hat so sehr zur Festigung der kapitalistischen Herrschaft über ein Volk, das in seiner Mehrheit aus arbeitenden Menschen besteht, nichts so sehr zur Konsolidierung der deutschen Bourgeoisie beigetragen: dem Bürgerblock gegenüber steht die Zerrissenheit des deutschen Proletariats. Es ist eine Lehre, geschöpft aus der tiefsten Tragik einer Revolution, die vielleicht auch anders hätte enden können, daß heute ein Wahlerfolg, der dem Bürgerblock ein Duzend Mandate abnimmt, das Ziel ist, das mit den deutschen Arbeitern die Proletarier der ganzen Welt mithoffend erschauen.

Zieht man all dies in Betracht, dann wird die Schwere des Kampfes, den unsere deutschen Genossen führen, erst in ihrer ganzen Tragweite klar. Nur schrittweise kann die deutsche Arbeiterschaft im heutigen Deutschland vorwärtskommen. Aber jeder Schritt, der die deutsche Sozialdemokratie weiter vorwärts führt, der ihre Politik als die allein mögliche und richtige in dem Deutschland der Stahlherren und des Bürgerblocks bestätigt, bedeutet zugleich mehr als gewonnene Mandate. Er bedeutet einen Schritt zur Wiedergewinnung der Einheit des deutschen Proletariats und damit eine Bürgschaft künftiger, größerer Siege.

Der französische Sozialistenkongress

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, 18. Mai.

Eine Woche nach den deutschen Reichstagswahlen und eine Woche vor Eröffnung der neuen französischen Kammer, am 27. Mai, beginnt der diesjährige französische Sozialistenkongress mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Parteisekretariats, über die Klassenverhältnisse, über die vergangene Arbeit der Parlamentsgruppe und über die Pariser Parteizeitung „Populaire“.
 2. Die politische Lage und die Haltung der Partei.
 3. Wahl für die verschiedenen Parteigänge: für den Hauptauschuß, für die Leitung des „Populaire“, für die Kontrollkommission, den Konfliktauschuß und für das Redaktionskomitee und die Verwaltung des „Populaire“ und schließlich Wahl der Delegierten zum Kongress der Internationale (Brüssel, 5. August).
 4. Vorbereitung des Brüsseler internationalen Kongresses.
- Allein im Datum und in der Wahl des Ortes für den diesjährigen Sozialistenkongress liegt ein Programm. Es wäre zum Beispiel undenkbar, den Kongress bereits heute stattfinden zu lassen, da das Resultat der deutschen Reichstagswahlen einen ungeheuren Einfluß auf die Stimmung in Toulouse ausüben wird. Die französischen Sozialisten hoffen auf einen entscheidenden Sieg des deutschen Sozialismus am 20. Mai, was ihren eigenen Kampf gegen Poincaré und die gesamte französische Reaktion ungeheuer stärken muß.

Der französische Sozialistenkongress findet in diesem Jahre in Toulouse statt, in dem seit vielen Jahren die sozialistische Partei und die bürgerliche „Radikale Partei“ die stärksten politischen Faktoren sind. In dem toulouser Vorort Muret wurde der Finanzfachverständige der französischen sozialistischen Partei Vincent Lauriol mit 11 000 Stimmen gleich beim ersten Wahlgang am 22. April gewählt, und in Toulouse selbst herrschen die Brüder Sarraut. Albert Sarraut ist Innenminister im heutigen Poincaré-Kabinett, und Maurice Sarraut ist der Direktor der „Depeche de Toulouse“, und bis vor neun Monaten war er der Vorsitzende der „Radikalen Partei“ (heute ist es der Abgeordnete Daladier). Die „Depeche de Toulouse“ ist die mächtigste der 130 in der französischen Provinz erscheinenden Tageszeitungen.

Die Atmosphäre von Toulouse ist daher besonders geeignet, eine lange Debatte über die Stellung der Sozialisten zur „Radikalen Partei“ und ganz besonders zu denen ihrer Mitglieder herbeizuführen, die hoffen, daß sich einige Rechtssozialisten dazu bewegen lassen werden, nach Ministerposten zu schießen. Es ist sogar zu befürchten, daß der 4. Punkt der Tagesordnung, die Vorbereitung des Brüsseler Kongresses, daß vor allem die in Brüssel auf der Tagesordnung stehende Besprechung der so überaus wichtigen Kolonialfrage zugunsten der Debatte über die französische Innenpolitik allzu sehr übersehen wird.

Schon heute ist vorzusehen, daß der toulouser Kongress die Radikalen, also die französischen Demokraten, vor die Entscheidung stellen wird: Entweder die Unterwerfung vor Poincaré (wie es die Mehrzahl der Radikalen bereits 1923 beim Ruhrkampf tat) oder Opposition gemeinsam mit den Sozialisten. Die heutige politische Lage Frankreichs verträgt keine Unklarheiten mehr. Aber eine ganz ähnliche Entscheidung wird man auch den französischen Kommunisten vorlegen: Entweder mit uns oder auch weiter hin mit der Reaktion! Energischer als es erhofft wurde, erwartet bei den kommunistischen Massen die deutliche Erkenntnis über die ungeheure Falschheit der Parole, welche die kommunistische Parteileitung auf Moskaus Befehl für die letzten Wahlen ausgegeben hatte und die erreichte und bewirkte sollte, daß durch die Aufrechterhaltung ausschließlicher kommunistischer Kandidaten beim 2. Wahlgang manche Reaktionäre in die Kammer zogen, wo die Sozialisten sonst die besten Aussichten hatten. Selbst der Rechtsanwalt aller großen französischen Kommunisten, Prozeß, Henry Torres, auf dem allerlinksten Flügel der sozialistischen Partei, ist auf diese Weise um ein Kammermandat gekommen. Der toulouser Kongress wird daher einen Trennungskrieg zwischen den Sozialisten und den Kommunisten von einer Schärfe ziehen, wie es nie bisher geschah. Die Ereignisse der letzten 4 Wochen geben Grund zu der Hoffnung, daß die französischen Arbeitermassen, zum Teil selbst die kommunistischen die Richtigkeit einer solchen Stellungnahme einsehen werden.

Kurt Lenz.



Stumme Werbung zur Reichstagswahl



Schwerer Aufruhr in einem polnischen Gefängnis

Warschau. Im Strafgefängnis in Kowno kam es am Donnerstag zu einem gefährlichen Aufruhr von 130 Strafgefangenen. Es gelang den Gefangenen, die Zellentüren auszuheben, die Wächter zu überwältigen und einen großen Teil des Gefängnisses zu zerstören. Die Wächter haben sich gegenüber den Gefangenen, die sich u. a. mit Fensterrahmen bewaffnet hatten, machtlos. Der Aufruhr konnte erst durch Hinzuziehung von Militär unterdrückt werden. Der Gefangenenspektor wurde während des Kampfes schwer verletzt, auch einige Gefangene erlitten erhebliche Verletzungen.

Blutiger Kampf zwischen Komitatshis und Gendarmen

Wien. Wie die Abendblätter aus Belgrad melden, haben die Gendarmeriebehörden in Džrida in Erfahrung gebracht, daß in der Gegend von Džrida eine große Komitatshibande umherzieht. Um die Bande zu stellen, wurden starke Gendarmerieabteilungen ausgesandt und es kam zwischen den Komitatshis und der Gendarmerie zu einem erbitterten Kampf. Bisher wurden 5 Tote und zahlreiche Verletzte gemeldet. Die Gendarmerie hat aus den umliegenden Ortschaften Verstärkungen herangezogen.

Außenminister Dr. Beneš in Berlin

Berlin. Wie die Berliner Blätter melden, ist der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš mit Gemahlin in einem von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Sonderwagen aus Köln kommend am Freitag abend, in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich auch der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Chvalovský und der Chef des Protokolls, Gesandter Koecker. Bei der Ankunft am Bahnhof Friedrichstraße wurde Minister Dr. Beneš von Herren des Auswärtigen Amtes, von dem jugoslawischen Gesandten Valudešić, dem rumänischen Gesandten Comene, dem Personal der tschechoslowakischen Gesandtschaft und Mitgliedern der tschechoslowakischen Kolonie in Berlin empfangen. Dr. Beneš reist in privater Eigenschaft. Sein Aufenthalt in Berlin ist auf drei Tage bemessen.

Woldemar is unterwegs nach London

Kowno. Ministerpräsident Woldemaras ist Freitag nach London abgereist. Er wird am 27. Mai zurück erwartet.

Aman Ullah auf der Reise nach Konstantinopel

Kowno. Wie aus Sebastopol gemeldet wird, ist Aman Ullah, nachdem er noch eine Parade über die russische Schwarzmeerflotte mit abgenommen hatte, auf einem türkischen Kriegsschiff nach Konstantinopel abgereist. Vor der Abreise wurden zwischen Aman Ullah und Karahan noch Abschiedsanreden ausgetauscht.

China verlangt die Zurückziehung der japanischen Truppen

Peking. Der chinesische Außenminister überreichte dem japanischen Gesandten eine Note, in der die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Schantunggebiet gefordert wird. Die Anwesenheit japanischer Truppen auf chinesischem Hoheitsgebiet bedeute nicht nur eine Verletzung der chinesischen Hoheitsrechte, sondern auch eine Verletzung der Verträge, auf Grund deren Japan 1922 seine Truppen aus dem Schantunggebiet zurückzog und dieses als einen Teil der chinesischen Republik anerkannte.

Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten

New York. Nach den letzten zuverlässigen Schätzungen beträgt das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten 320 Milliarden Dollar. Die Schienenstrecke der Eisenbahn hat eine Länge von 250 000 Meilen. Die Zahl der Telefon- und Radioapparate beläuft sich auf 18 1/2 Millionen Stück. Der Wert der amerikanischen Erzeugnisse beträgt 62 Milliarden Dollar, der der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nahezu 20 Milliarden Dollar. Die Ausfuhr hat einen Wert von 4 1/2 Milliarden Dollar. Automobile gibt es 23 Millionen Stück bei einer Bevölkerungszahl von 117 Millionen.

Ein Bombenanschlag auf das Haus des New Yorker Scharfrichters

New York. Im New Yorker Vorort, Queens, verübten Unbekannte nachts einen Bombenanschlag auf das Haus des Scharfrichters Elliot, der die Hinrichtung Saccos und Vanzettis vollzog. Man nimmt an, daß es sich um italienische Kommunisten handelt. Elliot und seine Familie, die während des Anschlages schliefen, sind wie durch ein Wunder nicht verletzt worden, aber das untere Haus ist vollkommen zerstört worden. Desgleichen ist in der Umgebung großer Schaden und Verwirrung angerichtet worden.

Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Jane Grey.

Verfasser von „Der Eiserne Weg“.

66)

Moore's Gesicht wurde totendbleich. Eine flüchtige Sekunde lang loberte in seinem festen Blick ein rötlicher, wilder Schimmer. Und verschwand.

Die Cowboys, die herbeigelommen waren, wurden unruhig. Dem Billings fehlte den Kopf und murmelte etwas vor sich hin. Montana Tad stand wie versteinert da.

Moore's dunkle Augen, verächtlich und durchbohrend, wichen keine Sekunde lang von Tads Gesicht. Es schien, als wollte der Cowboy nie mehr sprechen.

„Sie nennen mich einen Dieb? Sie?“ rief er wütend aus.

„Jawohl“, erwiderte Bellounds laut.

„Vor diesem Sheriff und Ihrem Vater beschuldigen Sie mich eines Rinderdiebstahls?“

„Ja.“

„Und Sie beschuldigen mich vor diesem Manne, der mir das Leben gerettet hat, der mich kennt, vor meinem einzigen Freunde Wade?“ fragte Moore und zeigte auf den Jäger.

Die Erwähnung Wades in diesem bedeutsamen Tone leidenschaftlicher Verwunderung blieb nicht ohne Wirkung auf Tad Bellounds.

„Was zum Teufel kümmert mich Wade?“ brach er mit seiner alten Andachtsamkeit los. „Ja, ich beschuldige Sie! Dieb, Räuber!... Und was weiß denn ich, ob nicht Ihr kostbarer Teufelswade —“

Hier unterbrach ihn Burleys gebieterische Stimme.

„Solla, junger Mann, ich berücksichtige Ihre natürlichen Gefühle“, sagte er trocken, „aber ich rate Ihnen, sich mal auf die Zunge zu beißen. Ich bin mit Mr. Moore nicht bekannt, doch ich kenne zufälligerweise Wade. Verstanden? Nun, wenn Sie noch etwas zu Moore zu sagen haben, machen Sie rasch.“

„Ich habe alles gesagt“, erwiderte Bellounds mürrisch.

„Womit stützen Sie Ihre Beschuldigung?“ fragte Moore.

„Ich habe Ihnen nachgesehen. Ich habe meine Beweise.“

Burley kam von der Veranda herunter und legte sein Paket behutjam auf die Erde.

„Wollen Sie mal absteigen, Moore?“ fragte er. Und als der Cowboy den Befehl befolgt hatte und beiseite gehumpelt war, fuhr der Sheriff fort: „Ist das der Gaul, den Sie für gewöhnlich reiten?“

„s ist der einzige, den ich besitze.“

Burley setzte sich auf den Rand der Veranda, widelte sorgfältig das Paket auf und brachte ein paar Stücke gehärteten gelben Lehm zum Vorschein. Die kleineren trugen den Abdruck eines Kreises mit einem Fleck in der Mitte, sehr deutlich umrissen. Das größere Stück trug die unvollkommene, aber leblich klare Spur eines Hufeisens, etwas dreieckig geformten Hufeisens. Der Sheriff legte diese Brocken auf den Boden.

Dann griff er nach Moores Krücke, die wie eine Finte in einem Futteral am Sattel baumelte, zog sie heraus und musterte aufmerksam die runde Zwinge am unteren Ende. Dann fügte er diese Spitze in die beiden kleinen Krüße auf den Lehmklumpen. Sie paßten vorzüglich. Die Cowboys beugten sich vor, um besser zu sehen, und Billings schüttelte den Kopf. Auch der alte Bellounds hatte ein ernstes Auge für den Vorgang. Dann erhob sich Burley und lupfte den linken Vorderfuß von Moores Gaul, so daß die Sohle des Hufes sichtbar wurde. Offenbar gefiel dem weißen Mustang diese Prozedur nicht im mindesten, aber er fügte sich. Das Eisen an seinem Huf war etwas dreieckig geformt. Als Burley das größere Lehmstück mit seinem Abdruck dicht an den Huf hielt, konnte man unendlich glauben, daß dieses Eisen nicht die dreikantige Spur hinterlassen habe.

Burley ließ den Huf los und legte die Lehmbrocken nieder. Langsam richteten sich die Männer auf. Jemand atmete laut und schwer.

„Wie sehen Ihrer Ansicht nach diese Spuren aus, Moore?“ fragte der Sheriff.

„Sie sehen aus wie die meinen“, erwiderte der Cowboy.

„Sie stammen von Ihnen.“

„Wie kann ich es leugnen?“

„Ich habe diese Lehmstücke neben einem Wasserloch am Fuß des Gore Peak ausgegeben. Wir waren hinter Bellounds' vermischten Rindern her, kamen bis an die Straße, die übers Gebirge nach Algeria führt... Bridges und Lindsay, die beiden Gentlemen hier, haben in der letzten Zeit einiges Vieh gekauft von fremden Jägern, die nicht recht sagen wollten, wo ihre Weide liegt. Bloß laufen und verlaufen, behaupteten sie... Schätze, die führten, auf die wir am Gore Peak gefahren

sind, verbindet diese Käufer und Verkäufer mit dem Manne, der Bellounds' Vieh hinaufgetrieben hat... Haben Sie noch etwas zu sagen?“

„Nein, nicht hier“, erwiderte Moore ruhig.

„Dann muß ich Sie verhaften und zum Verhör nach Adenville bringen.“

„Schön. Ich gehe mit.“

Der alte Farmer schien ehrlich empört. Rote färbte seine Wangen, und seine Augen loderten.

„Sie haben mich schmutzig behandelt, Wils“, sagte er wütend. „Und ich hätte immer auf Sie geschworen... Legen Sie ein offenes Geständnis ab; heraus mit der ganzen verdammten Geschichte, wenn Sie wollen, daß ich Sie anständig behandle. Sie müssen verrückt gewesen sein oder betrunken, mich so zu betrügen. Vorwärts, heraus damit.“

„Ich habe nichts zu sagen“, erwiderte Moore.

„Sie benehmen sich verdammt sonderbar für 'nen Cowboy, der um ein paar Worte zu jeder Kauferei und Schieberei bereit war. Sagen Sie mir alles, und ich werde Sie anständig behandeln... Ich vergesse nicht, daß White Stibes Ihnen einen schweren Stoß versetzt hat. Und ich war auch mal jung und hatte heißes Blut.“

Des alten Farmers zorniges Pathos stellte des Cowboys unnatürliche, fast hochmütige Fassung auf eine schwere Probe. Er schien im Begriff, in heftige Worte auszubrechen. Kummer, Entsetzen und Wut schienen auf seinen zitternden Lippen zu lauern. Der Blick, den er Bellounds zuwarf, war zweifellos sehr seltam, da er von einem Cowboy kam, der im Verdacht stand, seines früheren Arbeitgebers Vieh gestohlen zu haben. Bevor er jedoch antworten konnte, wurde sein Zögern durch das plötzliche Erscheinen Columbines beendet.

„Wahr, ich habe dich gehört!“ rief sie, während sie ängstlich und mit weit geöffneten Augen auf die Männer zuwinkte. „Was hat Wilson Moore getan — daß du ihm Gnade versprichst?“

„Collie, geh ins Haus zurück“, befahl er.

„Nein. Es ist irgend etwas nicht in Ordnung“, sagte sie, wachsende Angst in dem raschen Blick, den sie von einem zum andern jagte. „Oh! Sheriff Burley!“ stieß sie hervor.

„Schätze so, Wils, und wenn der junge Moore ein Freund von Ihnen ist, tut's mir leid, daß ich gekommen bin“, erwiderte Burley.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der Nachrichtendienst bei den Finanzämtern

Ende März berichteten wir auf derselben Stelle über Schaffung von Auskunftsbüros und Nachrichtendienstes bei den Steuerämtern. Wir haben gleich darauf hingewiesen, daß ein jeder Steuerzahler auf Schritt und Tritt überwacht und jede seine Handlungsweise genau notiert und dem Steueramt zur Bewertung überwiesen wird. Daß die Notierungen einwandfrei werden, dafür übernimmt kein Mensch eine Garantie und der Steuerzahler mag zusehen, wie er sich aus der Steuerfänge mit heiler Haut herauszieht. Daß das gar nicht leicht sein wird, wird jeder zugeben, der schon einmal einen Streit mit dem Steueramt ausgefochten hat.

Nun haben die Auskunftsbüros ihre segensreiche Tätigkeit begonnen. Sie ist zwar nicht allzuweit gediehen, weil der Verzweigungsschrei des Steuerzahlers noch nicht allgemein ist. Man hört diese Schreie vorläufig einzeln, doch sind sie so laut, daß man sie hört und dazu nicht schweigen kann. Vorläufig liegen uns Berichte aus Schoppin vor, die auf die Tätigkeit des Nachrichtenbüros beim Steueramt in Myslowitz schließen lassen. Eine Schänkerfrau M. in Schoppin zeigt ihren Gästen Strafmandate, Umsatzsteuerverfälschung und Aufforderung zur Bezahlung der Patente einer höheren Klasse. Alles zusammen macht viel aus und die Frau weint bittere Tränen, ringt verzweifelt die Hände, weil die Leute nicht in der Lage sind, das Geld aufzutreiben und ihrem Ruin vorzusehen. Die Frau erzählt, daß sie das Schanklokal sauber gehalten und etwas ausgeschmückt und da kam zufälligerweise ein Beamter vom Finanzamt herein und mußte wahrscheinlich das Lokal als ein „Besseres“ angesehen haben, weil die Befragung wegen Täuschung der Behörden beim Lösen des Patentscheines erfolgt ist. Wahrscheinlich derselbe Finanzbeamte kam am Lohnstage in ein Kolonialwarengeschäft „Glückauf“. An den Lohn- und Verzweigungstagen ist betanlich in den schlesischen Kolonialgeschäften Arbeit, sonst aber nicht. Gerade an diesem Tage war der Kaufmann mit seiner Frau, Tochter und einem Hilfsmädchen im Laden tätig. Das genügt, um den Kaufmann mit 200 Zloty zu bestrafen, weil er einen Patentschein 3. anstatt 2. Klasse gelöst hat. Er wurde aufgefordert einen Patentschein für 500 Zloty sofort zu lösen und erhielt eine Umsatzsteuer vorgeschrieben, die den Mann zur Verzweiflung treibt. Viele andere Kaufleute erzählen dieselbe Geschichte. Um Frachtpfeifen zu erparren und günstiger einzukaufen, lassen die Kaufleute Mehl, Eier, Butter, Kartoffeln durch einen Kaufmann beziehen und dann verteilen sie die Ware untereinander. Das haben die Steuerbeamten aus den Frachtenbüchern auf der Bahn eruiert und alle diese Kaufleute erhielten neben hohen Strafmandaten, die Aufforderung höhere Patentscheine zu lösen und eine Umsatzsteuer vorgeschrieben, die die Leute förmlich betäubt hat. Die Existenz der Händler steht auf dem Spiel, da sie nicht in der Lage sind die Strafen und die Steuer zu bezahlen.

In allen Orten des Industriegebietes haben sich die Wędziner Kaufleute bereits niedergelassen, die durch Kniffe und Schmutzkonkurrenz den eingewachsenen Kaufleuten die Kundenschaft abtreiben. Dann müssen die Kaufleute auf Pump verkaufen und erleiden dabei Verluste über Verluste. Jetzt greift da noch auf die obengeschilderte Art die Steuerbehörde ein und schreibt ihnen eine Steuer vor, die sie nicht bezahlen können und die ihre Existenz zu ruinieren droht. So konnte das doch der Gesetzgeber unmöglich gewollt haben und daher scheint uns diese Praxis nicht am Platze zu sein. Vielleicht ist diese Ueberwachung in Sosnowitz erforderlich, wo in einem Laden 4—5 Händler ihre Ware feilbieten und nur einer die Steuer zahlt, die dann gemeinsam gedeckt wird. Auch wäre evtl. solche Ueberwachung bei den großen Konzernen angezeigt, die da auf ihre nur ihnen genehme Art, die Steuergehehe auslegen, dafür aber Eisenbahnen finanzieren wollen, Häfen bauen und Handelschiffe erwerben. Dort wäre die Ueberwachung eher am Platze, nicht aber bei dem armen Händler, dem solche Ueberwachung, die Kehle zuzuschneiden droht. Wir hoffen, daß der Wędzjal Starbowy den Steuerämtern entsprechende Weisungen gibt, daß sie bei ihrer Ueberwachung nicht zu weit gehen sollen.

Wieder eine Entscheidung Calonders

Der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, hat eine neue für das Minderheitsdilemma wichtige Entscheidung gefällt. Die Genehmigung zur Errichtung und zum Unterhalt deutscher Privatschulen wurde in Polnisch-Oberschlesien bisher nur Einzelpersonen erteilt, während die juristischen Personen, wie z. B. dem Deutschen Schulverein, verweigert wurde. Der Deutsche Volksbund nahm daher die Weigerung der polnischen Behörden, einer Fürsorgegesellschaft in Königshütte die Erlaubnis zur Errichtung einer Caritaschule, eines Kindergartens und Haushaltskuren zu erteilen, zur Veranlassung, um in dieser Frage eine grundsätzliche Klärung durch die Gemischte Kommission herbeizuführen. Präsident Calonder entschied, daß der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien das unbeschränkte Recht zusteht, Einrichtungen, die sich die soziale und kulturelle Uebung der Minderheiten zum Ziele setzen, zu erwerben und zu unterhalten. Träger solcher Einrichtungen können nicht nur einzelne Personen, sondern auch Gesellschaften sein, denen die gleichen Rechte zustehen, wie sie die polnische Mehrheit ausübt. Da die juristischen Personen der polnischen Bevölkerung auf verschiedenen Gebieten anerkannt werden, so stellt der Standpunkt der polnischen Behörden in der Frage der Schulerichtung in Königshütte eine Verletzung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung da, ganz abgesehen davon, daß das Genfer Abkommen juristische Personen als Träger der zugesicherten Rechte vorieht.

Sicherlich ist diese Stellungnahme, nicht Entscheidung wie die „N. N.“ und auch die „Deutschbürgerliche Presse“ berichtet, für die deutsche Minderheit bedeutsam, aber nur in der Theorie. In der Praxis sieht es aber anders aus. Soviel Stellungnahme hat Herr Calonder schon erlassen, aber was für einen praktischen Wert haben sie eigentlich gehabt? Man sieht es wieder einmal so recht an den jetzigen Schulmeldungen. Uns dünkt, daß man bereits in den breiten Massen der Minderheit, Calonders Stellungnahmen nicht mehr allzu ernst nimmt. Und das ist das vernünftige, was man tun kann, will man nicht dauernd enttäuscht werden.

Aus dem Rattowiker Stadtparlament

Umfangreiche Investitionsarbeiten der Stadt — Keine Millionen-Dollar-Anleihe

Der gestrigen Sitzung der Kommissarischen Stadtverordnetenversammlung wurde sehr wenig Interesse entgegengebracht. Und das von den Stadtverordneten selbst, denn nur um eine Stimme handelte es sich, dann wäre sie beschlussfähig gewesen. Die Presse war äußerst spärlich vertreten und vom Publikum niemand. Und wird vom Herrn Dombrowski die Leitung der Sitzungen weiterhin so gehandhabt, dann dürfte eines schönen Tages er mit dem Magistrat allein dastehen. Denn von einer scharfsinnigen Klugheit zeugt es gerade nicht, die Tagesordnung möglichst umfangreich zu gestalten und mit ihr erst kurz vor 7 Uhr zu beginnen. Vielleicht wird es Herrn Dombrowski einmal einfallen, eine Sitzung um 10 Uhr abends anzuberaumen. Und so mit 80 Punkten. Das ist bei ihm nicht ausgeschlossen.

Unseres Erachtens hätte man sich die gestrige Sitzung, wenn man mit keiner besseren Tagesordnung aufwarten konnte, sparen. Denn was der Herr Stadtverordnetenvorsteher in seiner Tagesordnung aufsticht, waren im wahren Sinne des Wortes „alle Kamellen“, die schon duzendemale durchgekauft worden sind, und was schon längst die Spahen von den Dächern pfeifen. Wahrscheinlich war deshalb die Sitzung so schlaftrig, deshalb wurden auch so fleißig Witzblätter studiert. Und wäre Herr Brzeski nicht gewesen mit seiner brillanten geistigen Beschränktheit, hätte so mancher der Anwesenden bestimmt ein Nickerchen gemacht.

Wenn schon notgedrungen von einem „Interesse“ gesprochen werden soll, so beanspruchten dieses die Punkte, welche die Anleihen betrafen. Von Anleihen sah der Magistrat 5 vor. Fast bei jeder Sitzung werden Anleihen bewilligt und stets solche von etlichen Millionen. Man kennt sich darin fast gar nicht aus, und wie uns scheint, auch der Magistrat nicht mehr. Gestern sind Anleihen von 5 054 000 Zloty bewilligt worden, vor kurzem 6 1/2 Millionen. Aber fährt man weiter, ist der erste Betrag von dem letzteren abzuziehen. In Wirklichkeit ist man also über die 6 1/2 Mill. noch nicht heraus, doch steht es so aus, als wenn die Stadt 11 1/2 Mill. Anleihe macht. Diese Anleihepolitik ist geradezu kindlich oder kindisch und trägt den Anschein, als wenn Magistrat und Stadtparlament mit solchen Zahlen operieren, um nach außenhin den Anschein zu erwecken, was für eine tüchtige Arbeit jetzt geleistet würde.

Die Sitzung eröffnete sehr verspätet, wie gewöhnlich, Herr Dombrowski mit dem Bekanntgeben zweier Dringlich-

keitsanträge des Magistrats, betreffend Aufnahme von Anleihen in Höhe von 3 1/2 Millionen Zloty und 154 000 Zloty. Die Dringlichkeit beider Anträge wurde anerkannt, worauf die Erledigung der Tagesordnung begann. In den meisten Fällen handelte es sich um langlose Sachen, die zum Teil von den Referenten so vorgetragen wurden, daß sie Uneingeweihte überhaupt nicht verstehen konnten. In die städtische Theaterkommission wurde an Stelle des ausgeschiedenen Redakteurs Slawit, der Redakteur Rowalek gewählt. Den Posener Geschichtsfreunden trat die Stadt mit einem Jahresbeitrag von 80 Zloty bei. 2000 Zloty wurden dem Fundusz für Hinterbliebene von polnischen Schriftstellern bewilligt und Aenderung einer Reihe von Statuten genehmigt.

Die beabsichtigte Anleihe von 2—3 Millionen Dollar, selbstverständlich ein Antrag des Magistrats, kam gar nicht zur Sprache, da diesen Antrag der Magistrat zurückzog. Dagegen wird zuerst laut Tagesordnung eine Anleihe von 900 000 Zloty aufgenommen, die für die Bauten an der Rattowitzerstraße verwendet werden soll. Dann eine zweite von 500 000 Zloty, die gleichfalls zu Bauzwecken Verwendung finden soll.

Eine weitere betraf 154 000 Zloty, die für Notstandsarbeiten gebraucht wird, bei denen etwa 500 Arbeitslose für 22 Wochen Beschäftigung finden sollen. Außer diesen Anleihen beschäftigte noch eine 4. die Versammlung. Hier handelt es sich um 3 1/2 Millionen Zloty, die vom schlesischen Hausnach aufgenommen werden und die zu Bau- und Investitionszwecken dienen soll. So 1 1/2 Millionen zum Ausbau der Straßen und Wege, 1/2 Million für den Ausbau des Schlachthofes, 1/2 Million zum Bau der Markthalle, 1/2 Million für die Rawaregulierung usw. — Alles bereits in den früheren Sitzungen festgelegte Tatsachen, die gestern nur frisch aufgewärmt wurden.

Und zum Schluß verlas Herr Dombrowski mit bewegter Stimme einen Abschiedsbrief des früheren Stadtpräsidenten Dr. Gornik. Herr Dr. Gornik bedauert es unendlich, nicht mehr für das Wohl der Stadt Rattowitz arbeiten zu dürfen, wird aber ihrer und seiner hervorragenden Bürger stets gedenken. Es dünkt uns, als wenn dieses Schreiben des Herrn Gornik, den die deutsch-bürgerliche Presse am liebsten zu einem deutschen Märtyrer gestempelt hätte, nach der einzig Erträglichste an der Sitzung war.

Die Likörfabrikanten vor dem Schiedsgericht

Gestern begann vor dem Schiedsgericht für Oberschlesien der Prozeß der polnisch-oberschlesischen Likörfabrikanten gegen den polnischen Staat wegen Schließung ihrer Betriebe im Zusammenhang mit der Einführung des Branntweinmonopols in Polen. Auch in diesem Prozeß fungiert als Vertreter des polnischen Staates Universitätsprofessor Dr. Sielmachowski, von Staatsvertreter Lebinski assistiert.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung legte Rechtsanwalt Neumann in längeren Ausführungen die Gründe der Klage der insgesamt neun Likörfabrikanten dar, die von ihm und Rechtsanwalt Dr. Czabainki, Hindenburg vertreten werden. Dr. Neumann betonte u. a., daß eine Steuer, die notwendiger Weise die Schließung des Betriebes im Gefolge habe, nicht mehr als Steuer anzusprechen sei, es handele sich dann vielmehr um eine Schließung des Betriebes im Auge habende Anordnung.

Die Kläger sollten binnen vier Tagen statt des bisherigen Alkise-Patentes von 500 Zloty 15 000 für das Alkise-Patent entrichten; allerdings stellte sich später heraus, — aber erst nach einigen Monaten —, daß nur die Hälfte dieser Summe in Frage kam. Aber auch dieser Betrag konnte bei einem Einkommen von 3000 bis höchstens 7000 Zloty nur die Schließung des Betriebes im Gefolge haben, da ja noch weitere Steuern und Abgaben zu entrichten waren. Ein Rekurs gegen die Höhe des Patentes wäre insofern erfolglos gewesen, als auf Grund der beabsichtigten Einführung des Branntweinmonopols die Betriebe sowieso innerhalb zweier Jahre, gerechnet ab 1. Januar 1925, geschlossen werden mußten. Die Entrichtung der 15 000 Zloty bedeutete faktisch nichts anderes als die Vernichtung der Betriebe. Das widerspreche aber dem Genfer Abkommen, das dem Bürger die friedliche Betätigung seines Gewerbes und die Erhaltung seiner Existenz garantiere. Daher begründe auch schon die Verordnung betr. Schließung der Betriebe innerhalb von 2 Jahren ab 1. Januar 1925 wegen der Einführung des Monopols einen Schadenersatzanspruch.

Rechtsanwalt Dr. Czabainki führte ergänzend einige Fälle an, die zu erkennen geben, daß der polnische Staat selbst der Verpflichtung zum Schadenersatz wegen Einführung des Monopols verschiedentlich Rechnung getragen hat.

Hierauf begründete der polnische Staatsvertreter in längeren Ausführungen seinen Antrag, sämtliche in diesem Prozeß zusammengefaßten Klagen abzuweisen unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens auf die Kläger. Er kam bei seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß den Klägern kein „erworbenes Recht“ zustehe, da sie ein solches auch unter dem deutschen Gesetz nicht gehabt hätten, da sie Schankwirtschaften betrieben, da Gattungsbrennwein auch nach dem polnischen Gesetz nach wie vor produziert und konsumiert werden könne. Eingehend kam der polnische Staatsvertreter dann nochmals auf die Frage der „erworbenen Rechte“ zu sprechen, wobei er der Meinung Ausdruck gab, daß nach dem Sinne des Artikels 4 der Genfer Konvention das zu schützende Recht bereits bestanden haben müsse und der Artikel selbst kein neues subjektives Recht schaffe. Wenn die Genfer Konvention weiter die Realgewerbegerechtigkeit als subjektives Recht ausdrücklich nenne, so sei daraus zu schließen, daß das Gewerbe als solches noch kein subjektives Recht schaffe.

Entgegen diesen Ausführungen wies Rechtsanwalt Dr. Neumann darauf hin, daß die Kläger sich insbesondere auf die Höhe des Alkise-Patentes bei ihrer Klage berufen. Ferner wies er die Unterstellung des polnischen Staatsvertreters zurück, daß ein Politiker die Klage der Kläger formuliert habe; den Klägern liege nichts ferner, als gegen den polnischen Staat ein Prozeß aus politischen Gründen zu führen. Abwegig sei auch die Begründung des Antrages auf Abweisung der Klage, da die Kläger unter deutschem Recht ebenfalls keinen Schadenersatzanspruch gehabt hätten. Maßgebend könne einzig und allein der Sinn des Genfer Abkommens sein unter Berücksichtigung der besonders eigenartigen Verhältnisse in Oberschlesien.

Der polnische Staatsvertreter erklärte hierauf, daß die Kläger keine besonders tüchtigen Kaufleute sein könnten, sonst hätten sie die hohe Abgabe des Alkise-Patentes auf die Verbraucher umgelegt. Absicht des polnischen Staates sei bei der Steigerung der Patentgebühren, die Vermeidung neuer indirekter Steuern gewesen. Die spontane Unruhe unter den amwesenden Klägern lieg erkennen, daß eine Umlegung nicht in Frage kommen konnte. — Hierauf trat Vertagung der Sitzung bis morgen ein.

An- und Ummeldungen für die deutschen Minderheitsvolkschulen

Die An- und Ummeldungen für die deutschen Minderheitsvolkschulen finden am

21., 22., 23. und 24. Mai

statt.

In jeder Gemeinde und in jedem Schulhause muß jetzt eine entsprechende Bekanntmachung in deutscher und in polnischer Sprache aushängen.

Aus dieser Bekanntmachung sind die Amtsstunden der Schulleiter zu ersehen.

Davon muß jedermann sich selbst überzeugen.

Sanacja-Wahlvorbereitungen

Für die kommenden Sejmwahlen in der schlesischen Wojewodschaft rüstet die „Sanacja Moralna“ schon heute. Die Wahlvorbereitung besteht nicht in Presseartikeln oder Versammlungen, sondern man merkt das an gewissen politischen Schachzügen, die die „Sanacja Moralna“ anderen politischen Parteien gegenüber gespielt hat. Die Schachzüge bestehen immer noch im Herausreißen gewisser Teile aus den bestehenden alten Parteien, in künstlich von außenhin hineingetragenen „Palastrevolutionen“

in das Lager der politischen Gegner. Einen solchen Schachernak scheint neulich die „Sanacja“ dem Korfanty gespielt zu haben, in dem sie ihm beinahe alle Redakteure der „Polonia“ aufwiegelte und sie zum Verlassen ihres früheren Brotgebers bewog. Korfanty wird schon recht haben, wenn er schreibt, daß ohne gewisser „Dispositionsfonds“ der „Aufstand“ in seiner „Polonia“ ausgeschlossen wäre. Das glauben wir auch, als auch daran, daß das angekündigte Blatt der „Polonia“-Redakteure aus diesen Mitteln gespeist wird. Hat doch keiner von den ausgeschiedenen Redakteuren soviel Geld übrig, daß er sich ein Blatt leisten könnte.

Der Palastrevolution in der „Polonia“ folgte die Palastrevolution in der schlesischen Christlichen Demokratie, kurz Ch. D. genannt (Korfantypartei). Einige Herren, mit Janikiti an der Spitze, die noch gestern auf Korfanty schworen, sind aus seiner Partei ausgetreten und haben sich der allgemeinen Christlichen Partei in Warschau angeschlossen. Das taten diese Herren dem Scheine nach, da es bereits heute feststeht, daß sie der „Sanacja Moralna“ Handlangerdienste leisten wollen und auch werden. Die „Sanacja Moralna“ sucht Erfolg für die N. N. R., die die schlesischen Sejmwahlen selbstständig machen will. Sie konnte einen Teil ihrer Futtertruppenpolkitter anbringen, indem sie mit Hilfe der Aufständischen, die Herren Kott, Karłowski, Roguszczak und Pietrzak im Warschauer Sejm, und

Grajet im Senat untergebracht hat. Sie kann jetzt ruhig ein wenig „Selbstständigkeitspolitik“ machen um ihre „Stärke“ zu „erproben“. In vielen schlesischen Kommunen und Kreisen gelang es der N. P. R. einzubringen und sie übt eine unerhörte Pression auf jeden Angestellten und Arbeiter aus und zwingt diese der N. P. R.-Organisation beizutreten. Die N. P. R.-Führer meinen, daß sie genügend „vorgearbeitet“ haben und sie wollen sich bei den nächsten Sejmwahlen selbständig machen.

Die „Sanacja Moralna“ muß also eine andere Wahlkombination versuchen. Sie will die Splitter, die sie den zwei alten Parteien in Schlesien herausriß mit den Aufständischen zusammenwerfen und dann den Wählern als eine „parteilose“ Aufständischenpartei aufstehen. Die Aufständischen bereiten ihre Anhänger entsprechend vor, in dem sie ihnen klar machen, daß die Aufständischen nur durch ihre eigenen Führer, wie beispielsweise Herr Kula, so richtig im schlesischen Sejm vertreten sein werden, da alle politischen Parteien an ihren Wählern „Berrat“ üben. Das haben die Aufständischen in ihren Zirkularen und letzten auf ihrer Konferenz klar zum Ausdruck gebracht. Die nächsten Sejmwahlen in der schlesischen Wojewodschaft versprechen also recht interessant zu werden.

Delegierten-Tagung der Gastwirte Polens in Kattowitz

Am Dienstag, den 22. Mai, findet in der Reichshalle in Kattowitz eine große Tagung der Restaurateure, Kaffeehaus- und Hotelbesitzer Polens statt, an welcher zugleich sämtliche Mitglieder des Gastwirtsverbandes für die Wojewodschaft Schlesien teilnehmen werden. In den Referaten werden vorwiegend Steuer- und Organisationsfragen angeschnitten. Weiterhin werden mehrere Resolutionen gefaßt, welche an die maßgebenden Stellen weitergeleitet werden sollen. Nach einer kurzen Unterbrechung und Verabschiedung der Gäste werden die Beratungen am Nachmittag im Saale der „Erholung“ fortgesetzt und alsdann die Diskussion eröffnet. — Mittwoch, den 23. Mai, vormittags 11,35 Uhr, erfolgt im Sonderwagen eine Fahrt nach Tichau und zwar vom Hauptbahnhof Kattowitz ab, zwecks Besichtigung der dortigen Brauereien. — Am darauffolgenden Tage, d. i. am Donnerstag, den 24. Mai, erfolgt die Besichtigung der Sosnowitzer Brauerei und der Grubenanlage „Graf Renard“. Nähere Informationen werden vor Eintritt in die Tagung den Versammelten erteilt. Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Gastwirte der Wojewodschaft Schlesien, Sitz Kattowitz, erjucht alle Mitglieder an der Tagung zahlreich teilzunehmen.

Kattowitz und Umgebung

Feuer im Apollo-Kino. Am gestrigen Nachmittag gegen 1/2 Uhr brach in der Filmoperateur-Kammer des Apollo-Kinos auf der Querstraße in Kattowitz ein Brand aus, durch welchen mehrere Filme zum Teil beschädigt worden sind. Das Feuer wurde durch Mannschaften der städtischen Berufsfeuerwehr gelöscht.

Mißhandlung auf der Straße. Der Gärtnereibesitzer Skorz in Domb ist am Feste Christi Himmelfahrt von einem gewissen J. Smolka auf der Straße überfallen und durch einen wuchtigen Stoßhieb ins Gesicht erheblich verletzt worden. Bei Feststellung der Personalien soll der Angreifer dem betreffenden Polizeibeamten gegenüber Widerstand geleistet haben. Man vermutet, daß es sich in dem vorliegenden Falle um einen Raubakt handelt.

33 000 Zloty Geldstrafe für Schmuggler. Am 29. Mai v. Js. versuchten drei Schmuggler mittels einer Droschke an der Zollgrenze in Scharley eine größere Tabakmenge unzerzollt nach Polen einzuführen. Die Täter gingen sehr umsichtig zu Werke und machten vorerst eine günstige Stelle an der grünen Grenze ausfindig, um den Schmuggelwaretransport weiterleiten zu können. Trotz starker Dualeit wurden Grenzbeamte auf das herannahende Gefährt aufmerksam. Die Schmuggler unternahmen einen Fluchtversuch, wurden aber von einer Postenkette angehalten. Bei näherer Durchsicherung der Droschke fand man unter dem Führersitz sowie im Wageninnern versteckt 29 Kilo deutschen Tabak. Die schuldigen Personen wurden zur Anzeige gebracht und hatten sich am Freitag vor der Zollkammer Kattowitz zu verantworten. Angeklagt waren die Brüder Anton und Johann Horzella, sowie der Arbeiter Jakob Rosterok aus Tarnowitz. Die Beklagten verlegten sich auf Ausflüchte, doch konnte ihnen die Schuld nachgewiesen werden. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Schmuggelware nach Bendzin geleitet werden sollte. Es wurden verurteilt: Anton Horzella zu einer Geldstrafe von 18 850 Zloty und 1 Monat Gefängnis, Johann Horzella zu 9 000 Zloty und 2 Wochen Gefängnis, sowie Jakob Rosterok zu 5 000 Zloty und einer Woche Gefängnis. — Zu einer Geldstrafe von 500 Zloty bezw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt wurde ferner der arbeitslose Johann Grabka aus Ruda, welchem an der Zollgrenze 850 Gramm Seide, 1,6 Kilo Seidenpizzen sowie eine Menge Erlaßteile und mechanische Artikel abgenommen werden konnten.

Eidenau. (Aus der Gewerkschaftsbewegung.) Am 17. Mai fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Kamerad Zwan eröffnete die Sitzung und erteilte dem Kameraden Schifora das Wort zum Bericht von der Gewerkschaftskonferenz, welcher mit Befriedigung aufgenommen wurde. Kamerad Zwan gab das Ergebnis der Delegiertenwahl bekannt. Als Delegierte zur Generalversammlung d. B. f. A. B. wurden gewählt Kamerad Schifora und Kozijka. Nach Erledigung lokaler Sachen wurde die Versammlung mit dem Appell an den Parteiverfassungen teilzunehmen vom Kameraden Zwan geschlossen.

Königshütte und Umgebung

Soll das der Anfang der diesjährigen Bautätigkeit sein?

Es ist nur noch gut, daß es alle Tage einen Abend gibt, und der Magistrat alle seine projektierten Baupläne noch nicht zur Ausführung gebracht hat, denn dann wäre es mit unserer Bautätigkeit schon längst zu Ende gekommen und wir in Königshütte keine Wohnungsnot mehr hätten. Also auch ein Vorteil, und wenn es bloß Versprechungen und Pläne waren, denn in dieser Hinsicht kennt unser Magistrat keine Grenzen. Wer erinnert sich nicht des „Ichon“ im Frühjahr eines jeden Jahres begonnenen Bauens eines Dom Lubow, eines Gerätes, um die Volksschule V freizubekommen, einer Badeanstalt, eines Handelsschulgebäudes, mehrerer Arbeiterwohnhäuser und verschiedener anderer Gebäude? Und nicht zu vergessen wäre die schnelle Räumung der am Bahnhof gegenüberliegenden Grünanlage, zwecks Bauens des Finanzamtes, daß

noch dieses Jahr unter Dach gebracht werden sollte? Wie wir hören, will man erst, um den Bau des Finanzamtes auszuführen zu können, Zeichnungen machen lassen, denn ohne Baupläne kann selbstverständlich kein Bau begonnen und ausgeführt werden. Konnte die schöne Grünanlage für dieses Jahr dem Publikum zur Benutzung und Erhaltung nicht gelassen werden? Doch man baut und wenn es bloß Lustschlösser und Baupläne sind. Nehmlich steht es mit den Privatbauten. Die von einer Spolka im vorigen Jahre am Redenberge unter Dach gebrachten Häuschen, halten auch jetzt noch im Monat Mai den Winterschlaf. Davon zeugen die mit Ziegeln verammelten „Fenster“. Und alles dieses nennt man lebhaftige Bautätigkeit in unserer Stadt. Wenn dieses der Anfang der diesjährigen Bautätigkeit sein soll, dann sind wir am Ende des Jahres ebenso weit wie heute, und fangen dann mit dem Bau von Schneehäusern an. Dazu bedarf es keiner Versprechungen und Baupläne. Nach der voraussichtlichen Situation werden die hergehohen, verstaubten Bauprojekte in diesem Jahre nicht hervorgeholt werden brauchen, es werden ihnen sich noch weitere, wie der Bau von Wohnhäusern an der ulica Krzyzowa (Kreuzstraße) und andere dazu gesellen. Und die Zeitungen werden weiter schreiben: In Königshütte wird gebaut.

Deutsche Erziehungsberechtigte.

Die Aufnahme der Schulneulinge in die deutschen Minderheitsvolkschulen in Königshütte erfolgt am 21., 22. und 23. Mai in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags. In denselben Tagen kann auch die Ummeldung von Kindern aus der polnischen in die deutsche Schule vorgenommen werden.

Geschäftsfreier Sonntag. Nach einer Mitteilung des städt. Polizeiamtes, können am morgigen Sonntag die Geschäfte und Verkaufsstellen von 7—9 Uhr vormittags und von 12—6 Uhr nachmittags, offen gehalten werden.

Von der Stadthauptkasse. Infolge des Abschlusses der Jahresrechnungen 1927/28, bleiben die Büroräume der Stadthauptkasse vom 29.—31. Mai d. Js. für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Aus dem Gerichtssaal. Vor der Strafkammer Königshütte hatte sich der 19 Jahre alte D. von der ulica Piastowa (Sandstraße) wegen Wäschebiefstahl begangen im November v. Js. im Hause ulica Dambrowskiego 18 (Eisenstraße), zu verantworten. Auf Grund seiner Vorstrafen, wegen Diebstahls, verurteilte ihn das Gericht zu einem Jahr Gefängnis.

Siemianowiz

Erhält Siemianowice einen Schulneubau?

Als in der letzten Gemeindevorstandssitzung seitens des Bürgermeisters der Antrag gestellt wurde, die Kosciuszko-Schule als Minderheitschule zu fassen und der Mehrheit zuzuwiesen, sowie die jetzige evangelische Schule II als Minderheitschule mit einem Kostenaufwand von 115 000 Zloty umzubauen, dann der Minderheit zuzuwiesen, beantragte die Gemeindevorstellung eine genaue Prüfung dieser Angelegenheit durch eine besonders gewählte Kommission. Der äußerst wichtige Antrag wurde übertragender Weise nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern kam unter Punkt Mitteilungen zur Verhandlung, wurde aber vom Antragsteller nicht überzeugend begründet. Diese Kommission hat am Mittwoch diese Angelegenheit durch eine lokale Besichtigung geprüft. Außer den Vertretern der Minderheitschulskommission wurden als Sachverständige Dr. Dobaczynski, sowie zwei Baumeister bestimmt, welche die hygienischen Fragen dieser Schulen prüfen sollten.

Das Urteil der Kommission fiel zuungunsten des Bürgermeisters aus. Die jetzige 4 klassige evangelische Minderheitschule genügt den Ansprüchen im kommenden Jahr nicht mehr. Ferner sind die Schulräume dumpfig und ungesund, da dies die älteste Schule am Orte, gebaut im Jahre 1869, ist und zukünftig sowieso ausgeschaltet werden muß.

Die Schule II dürfte auch nach dem Umbau nicht alle Minderheitschüler fassen. Im Laufe der nächsten zwei Jahre ist der Neubau einer modernen Schule unermeidlich, da trotz der wirtschaftlich mißlichen Lage die Bevölkerungsziffer dauernd anzieht.

Ferner sind in den Umbaukosten von 115 000 Zloty nicht mit einbezogen der Bau von Klosterräumen, sowie die Einrichtung einer Wirtschaftsschule für Mädchen. Aufgrund einer Zeichnung konnte man feststellen, daß es sich nicht um einen inneren Umbau, sondern um einen sehr ungeschickten Umbau handelt. Die treibende Kraft für die Auflösung der Minderheitschule an dieser Stelle, ist der Rektor Wyrzycki von der nebenan liegenden poln. Schule, welcher in einer Resolution bei der höheren Schulbehörde den Antrag stellte, die deutsche Schule aus seiner Nähe zu entfernen. Auch diesem Wunsche kann entsprochen werden, indem man die Minderheitschüler in die alleinstehende Kanarskischule an der Kreuzkirche überweist, da die jetzige Minderheitschule nach dem Genfer Abkommen eher alles andere, als zentral gelegen ist.

Um den Neubau einer neuen Schule kommt die Gemeinde nicht herum, falls sie nicht in den nächsten 2 Jahren in ein fürchterliches Schlamassel hineingeraten will.

Der Antrag der Prüfungskommission geht dahin, die erforderliche 1-Million-Anleihe bei der Wojewodschaft für den Schulneubau aufzunehmen und zwar noch dieses Jahr. Die Gemeindevorstellung hat bereits die Ermächtigung für diesbezügliche Verhandlungen erteilt.

Zu einem gefährlichen Zusammenstoß zwischen Motorrad und Auto kam es am Himmelfahrtstage, nachmittags 5 Uhr, an der Straßenbahnhaltestelle in Laurahütte. Der Rutscher des Milchhändlers Schiewiech fuhr aus der Bahnhofstraße kommend, dadurch, daß er das Haltezeichen des Polizeibeamten übersehen hatte, gegen ein ihm entgegenkommendes Auto. Während das Auto durch die vorn angebrachte Stoßstange den Anprall aushielt, wurde das Motorrad samt Fahrer 6 Meter weit zurückgeschleudert. Der Fahrer blieb unter dem vollständig zertrümmerten Motorrad blutüberströmt liegen. Der Autoführer schaffte den Verletzten noch ins Lazarett, wo aber an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Myslowiz

Stadtverordnetenversammlung in Myslowiz.

Am Freitag, den 18. Mai tagte das Myslowitzer Stadtparlament, dem eine Tagesordnung vorgelegt wurde, welche 18 Punkte umfaßte. Zum Punkt 1: Mitteilungen, liefen 5 Dringlichkeitsanträge ein, die der umfangreichen Tagesordnung angehängt wurden. Einiges Besremden erregte der Punkt 2: Subvention für die Fleischerinnung, weil bereits schon vor Monaten ein Beschluß gefaßt wurde, keine derartigen Anträge mehr zu berücksichtigen. Während der lebhaften Debatte zu diesem Punkte stellte sich jedoch heraus, daß es sich um alte

Börsenotiz vom 19. 5. 1928		
(11 Uhr vorm. unverbindlich)		
Warschau	1 Dollar	{ amtlich = 8.91 1/2 zł frei = 8.93 zł
Berlin	100 zł	= 46.805 Rmf.
Kattowitz	100 Rmf.	= 213.65 zł
	1 Dollar	= 8.91 1/4 zł
	100 zł	= 46.805 Rmf.

Verpflichtung des Magistrats gelegentlich des Bezirkstages der Fleischerinnung in Myslowiz in der Höhe von 1500 Zloty handelt, die in Jahresraten an die Innung gezahlt werden soll. Die Verhandlung beschließt eine Abschlagszahlung in Höhe von 1000 Zloty zu leisten.

Im Statut für die Fortbildungsschule wurden gemäß Beschlüssen der Wojewodschaft einige Änderungen durchgeführt. Die Versammlung beschließt weiter, dem Auswanderungskomitee in Kattowitz als Mitglied mit dem Jahresbeitrag von 12 Zloty beizutreten. Der Punkt 6 entfiel.

Die Versammlung beschließt weiter die Gebühren für den Totengräber für die Armen von 5 auf 6 Zloty bei Erwachsenen und von 3 auf 4 Zloty bei Kindern zu erhöhen.

Die Kinotheater wurde für die Sommerzeit auf 20 Prozent ermäßigt.

Die Spitalkosten für die Behandlung der Armen im städtischen Krankenhaus wurde auf 3 Zloty pro Tag erhöht.

Vom dem Pferdefutterkonto, das einen Ueberschuß vom Vorjahre aufwies, wurden 300 Zloty für das Feuerwehrgeld nachträglich bewilligt. Weiterhin wurde genehmigt, zwei Kursteilnehmern der städtischen Feuerwehr die Kosten zu ersetzen. Für das städtische Mädchengymnasium wurde Dr. Zelenreich als Schulärztin mit einer monatlichen Entschädigung von 75 Zloty bestätigt.

Bereits getätigte Abmachungen über Lieferung von 2000 Tonnen Pflastersteine für die Wiegzentrale mußte annulliert werden, weil das Material minderwertig war. Neue Abmachungen wurden mit der Firma Schlesijsche Steinindustrie getroffen.

Der Firma Dms wurde der Ausbau der Kloafengrube auf der Wiegzentrale für 21 000 Zloty übergeben. Die Verpachtung der Brückensperre auf der Radogabrinde mußte verjagt werden, weil der neue Pächter vom Vertrage zurückgetreten ist. Weiter wurden einige Arbeiten an diversen Firmen vergeben und der Rest der Tagesordnung in einer geheimen Sitzung erledigt.

Parteiversammlung. Am Donnerstag (Himmelfahrt) fand hier die Parteiversammlung der D. S. A. P. statt. Die Teilnehmerzahl war diesmal zahlreich. Genosse Ribus eröffnete die Versammlung, begrüßte die Erschienenen und übergab dem Gen. Mahte als Referent das Wort. Letzterer ging in seinem Referat auf die schweren Fehler über, die die Arbeiterkass bei den letzten getätigten Wahlen begangen hat. Die Reaktion hat gesiegt und die Arbeiter warten auf die Versprechungen, die leider nicht eher in Erfüllung gehen werden. Der zweite Teil erstreckte sich auf die Organisationsfrage. Hierin versprach der Vorstand intensiver als bisher seine Tätigkeit zu entwickeln.

Plesz und Umgebung

Oberlasiak. Am 17. d. Mts. fand hier im Saale bei Mucho eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes von Oberlasiak statt. Der Vertrauensmann Kam. Kurzija, eröffnete die Versammlung und übergab dem Referenten Kam. R. aus Kattowitz das Wort. Referent sprach über den Kampf um das tägliche Brot und über Zweck und Ziele einer gewerkschaftlichen Organisation, die leider bei uns in Polnisch-Oberlasiak sehr schwach dasteht. Nur die Klärung in den Reihen der Bergarbeiterkass kann den organisatorischen Gedanken fördern. Kamerad Kurzija wies ebenfalls auf die Wichtigkeit einer starken Organisation hin. Des weiteren sprach er über Knappschaffsachen, kritisierte den Knappschaffsältesten, weil er die Sprechstunden veräumt und den Beschlüssen der Mitglieder nicht bekannt gibt, daß er nicht erscheinen kann. Leute warten eine Zeitlang auf ihn und können ihre Knappschaffsangelegenheiten nicht erledigen. Kollege Biela, den das anging, rechtfertigte sich dahin, daß er einmal von einer Reise zurückkam und eingeduldet ist, es war aber nicht seine böse Absicht die Sprechstunden zu versäumen. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten schloß Kamerad mit dem Bergmannsgruß die Versammlung.

Przyszwowice. Die Anmeldungen zu der deutschen Minderheitschule und die Ummeldungen aus der polnischen Schule in die deutsche Schule finden am 21., 22., 23. und 24. Mai, in der Zeit von 12—13 Uhr in der Kanzlei des Schulleiters statt.

Tarnowitz und Umgebung

Verhaftung von Deutschen wegen Spionagedverdachts. Am Mittwoch nahm die polnische Polizei bei sechs Einwohnern in Radzionka, die sich zum Teil zur deutschen Minderheit bekennen, Hausdurchsuchungen vor, nach deren Abschluß mehrere Personen nach Tarnowitz zur Vernehmung überführt wurden. Ein Teil der Verhafteten wurde wieder freigelassen, drei von den Verhafteten sind dagegen nach Kattowitz überführt worden. Ueber den Grund der Hausdurchsuchungen ist nichts näheres bekannt, es soll jedoch Spionagedverdacht vorliegen.

Deutsch-Oberschlesien

Hindenburg. Durch Pfeilerbruch wurden auf den Delbrüschschäften die Häuser Paul Dombrowski und Paul Quetscher, wohnhaft in Zaborze und Kunzendorf, getötet. Der Häuer Widera aus Wieszowa wurde auf der Abwehrgrube verschüttet. Er starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Häuer Viktor Biedak aus Mikulskijütz stürzte mit dem Stempel und trug einen Unterschenkelbruch davon. Außerdem trugen Fördermann Moiss Hipper aus Hindenburg auf der Königin Luise-Grube, Fördermann Wilhelm Kielkowskij aus Hindenburg und Fördermann Franz Kieß auf der Konfordiagrube und Sosnizagrube durch Unfälle Verletzungen und Knochenbrüche davon.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmerich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. oap., Katowice; Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kosciuszki 29.

Unterhaltungsbeilage des Volkswille

Das Denkmal

Von Peter Scher.

Ein sonderbar geformter Hund, der Doktor Simmelmanns Interesse erregte, jagte in der Maximilianstraße kreuz und quer über den Damm; eine innere Unruhe schien ihn zu verzehren. Endlich machte er vor einem der vielen in dieser Gegend angebrachten Denkmäler halt, schwannte einen Moment, kam aber doch zum Entschluß und tat am granitnen Sockel das Seine.

„Ein ungewöhnlich schönes Exemplar englischer Züchtung,“ legte der Doktor, indem er dem mit weitausholenden Sähen hinwegjubelnden Tier nach — und unwillkürlich zum Schauplatz seiner Tätigkeit zurückblickte — „ah, siehe da!“

Er hatte, vom Sockel des Denkmals mit den Augen emporgehend, die Tafel mit der Inschrift und noch weiter oben die wohlbeleibte Gestalt einer kriegerischen Heldenfigur erfasst, die gewöhnlich vom Laub der umstehenden Bäume verdeckt, nun aber frei geworden war.

„Ah — siehe da!“ wiederholte Doktor Simmelmann und legte nachdenklich die rechte Hand in die Stirn.

„Wer ist der wohlbeleibte Herr?“ fragte ich, nun ebenfalls die bronzene Veranstaltung mit einigem Interesse betrachtend.

„Lesen Sie,“ sagte Simmelmann kurz und denkerisch abwesend.

Und ich las:
Benjamin Thompson, Graf von Rumford — ohne mir im Zustande meiner bedauerlichen Unbildung irgend etwas dabei denken zu können. Welches ich Simmelmann — wenn auch etwas kleinlaut — zugab.

Er hatte die Freundlichkeit, seinen Denkprozeß zu unterbrechen und bereitwillig, wie immer, in seinem inneren Lexikon den Buchstaben R aufzublättern.

„Rumford,“ begann er monoton, wie ein Medium in Trance, „geboren 1753 in Massachusetts, kam in jungen Jahren nach England, trat in die königliche Miliz ein, erhielt 76 eine Anstellung im Kriegsministerium, lehrte 82 nach Amerika zurück und errichtete dort ein Reiterkorps.“

„Grund genug, ihm in der Maximilianstraße zu München ein Denkmal zu errichten,“ warf ich mit fortschrittlicher Gehässigkeit ein.

Über der Doktor wies mich mit einer Handbewegung zur Ordnung.

„Darüber später,“ sagte er ein bißchen wegwerfend. „Was mich interessiert, um nicht zu sagen verblüfft, ist dies: seit Jahren geh ich hier fast täglich vorüber; nie ist mir eingefallen, das Denkmal eines Blödes zu würdigen. Da kommt dieser Hund — dieser Hund, — er blieb stehen und unterstrich den Ausruf, indem er energisch mit dem Zeigefinger der Rechten in die Luft stach — „und bringt mich auf seine Art dazu, „as Monument zu beachten.“

„Jüngling!“ murmelte ich, aber Simmelmann wischte meinen Versuch einer Einmischung mit der Hand weg und fuhr fort: „Ein Kassehund rein englischer Züchtung bringt mich dazu, mich mit einem General und Staatsmann rein englischer Züchtung zu befaßen!“

„In der Tat — sozusagen okkult...“

Doktor Simmelmann nahm schweigend meinen Arm. Er hatte eine bezwingende Art, meinen Mangel an Niveau zu übersehen, mich in die Position eines ahnungslos plappernden Kindes zu dirigieren, ohne dadurch den quellenden Strom seines profunden Wissens im mindesten abzumäßen — im Gegenteil.

„Beachten Sie, was ich Ihnen sage,“ begann er, nun schon ganz dem Gegenstand hingegeben. „Die Erscheinung dieser geschichtlichen Gestalt wird uns heute den ganzen Tag nicht wieder loslassen. Sie sehen in Rumford — soviel ich beurteilen kann — die einzige Abenteurererscheinung jener Tage, die aus Amerika nach Europa herüberzieht... die in Amerika wirksam gewordenen großen Abenteurer sind bekanntlich umgekehrt Europäer gewesen, Franzosen, Engländer, Deutsche...“

„Sehr interessant,“ sagte ich — wie ich gestehe, leicht beunruhigt — „aber warum, bitte, steht er in München, in der Maximilianstraße?“

Der Doktor entsetzte seinen Arm und legte sie Hand an die Stirn.

„Einen Moment,“ sagte er und versank genau so lange, daß ich einer entgegenkommenden hübschen Frau mittels Tiefblick jaggerieren konnte, sie möge mich am Abend erwarten.

Es war Doktor Simmelmanns Frau, und sie war wohl nicht ganz zufällig um diese Zeit hier vorbeigekommen.

Wie erwartet traf sich auch, daß sie längst vorüber war, als er, aus legitimen Tiefen auftauchend, zu rezitieren begann: „1784 trat Rumford als Staatsrat in bayerische Dienste. Er entfaltete eine reiche Tätigkeit sozial-humanitärer Art. Auch legte er den englischen Garten an.“

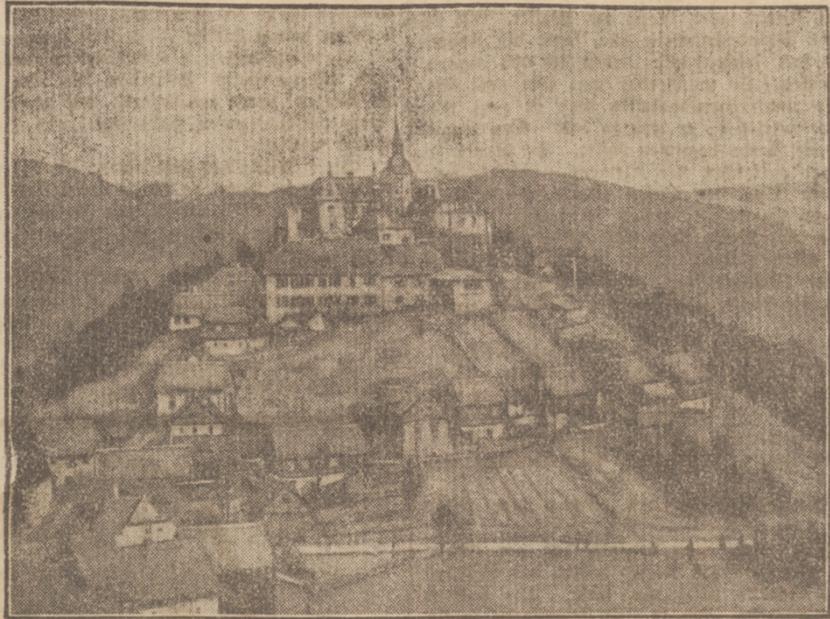
„Ausgezeichnet,“ sagte ich, und der Himmel möge verzeihen, daß sich bei dem Begriff Englischer Garten sofort die Assoziation zur Gattin des Vortragenden einstellte.

Der Doktor ignorierte meinen albernen Einwurf selbstverständlich und fuhr fort: „Aber was ihn unserem Lande vorwiegend denkwürdig — und denkmalswürdig — macht, ist dieses: er organisierte die bayerische Armee, wofür er denn auch 1792 vom Kurfürsten in den Grafenstand erhoben wurde.“

Nun war ich es, der seinen Arm aus dem des Doktors entkettete.

„Einen Augenblick,“ sagte ich — und homies, wie ich schamvoll erkenne, in der törichten und gefühlsmäßigen Art meine Betrachtungen abermals meine Unfähigkeit zur Geschichtsklitterung — „einen Augenblick, lieber Doktor: Herr Thompson, wie er damals noch hieß — kam also aus Amerika nach London, wo er, wie Sie richtig bemerkten, reinrassigen Militärdressur unterwarf, ging wieder nach Amerika, wurde von Napoleon engagiert, um eine Armee zu organisieren, deren höhere Bestimmung war, für Napoleon zertrampelt zu werden. Wirklich ein Verdienst, das eines Denkmals in der Maximilianstraße in München würdig ist.“

Einen Augenblick war es still. Der Doktor schnappte einige Male mit dem Mund, und ich genoß den billigen Triumph eines von der Aufklärung angegriffenen Charlatans über einen Historiker, dem das Wissen um die Zwangsläufigkeit alles Geschehens jene eiserne Sicherheit verleiht, welche —



Die Burg der „Weißen Frau“ 1000 Jahre alt

Die Burg Lauenstein in Oberfranken, die im Jahre 928 als Schutzfestung gegen die Sorben errichtet wurde, gilt als die Geburtsstätte der Gräfin von Orlamünde, die ihre beiden Kinder umgebracht haben soll und daher im Grabe keine Ruhe finden kann. Als „Weiße Frau“ soll sie oft gesehen worden sein.

Bastelei!

Humoreske von Will Wagner-Stürmer.

Die erste Erfindung des berühmten Jan Pinot war ein Produkt des Zufalls. Eine lächerliche Fügung fadencheiniger Ereignisse. Sie werden es kaum glauben, es ist wie ein Märchen, die Geschichte jenes Brutapparates, der heute in zweiundvierzig Kulturstaaten patentiert ist und den Grundstein zu dem Ruhm des jungen Erfinders legte. Kleine Ursachen zeitigen große Wirkungen. So auch hier.

Pinot war kein Genie und ist es heute erst recht nicht. Eines Abends hatte er von Molly Abschied genommen und ihr im Hausgang noch irgendein dehnbares Versprechen gegeben, als er vor der Tür mit einem Bekannten zusammenstieß. Sie hatten sich vielleicht dreimal gesehen, einmal im Kino zusammen einen Platz geteilt und grüßten sich anständig, wenn auch etwas verlegen.

Diese Begegnung entschied das Schicksal Jan Pinots. Sie waren zuerst schweigend nebeneinander hergegangen und wollten sich trennen, als Pinot das Paket auffiel, das sein Bekannter auf dem Rücken schleppte.

„Nanu,“ fragte Pinot und verlor für Sekunden die Erinnerung an den letzten Ruf aus dem Gedächtnis, „nanu, was haben Sie vor?“

„Ich bastele im Bastelklub,“ sagte der Bekannte und rang sein schweißtriefendes Taschentuch aus.

„So, Sie basteln,“ sagte Jan Pinot begierig. „Was denn?“

„Radio bastele ich.“

„So Radio basteln Sie,“ flüsterte Jan Pinot ergriffen und ging. Seit jenem Tage bastelte er auch. Er war nach einer schlaflosen Nacht, in der er über seine moralische Verkommenheit nachdachte, einem Bastelklub beigetreten, der ihn wegen seines Fleißes nach acht Tagen zum Vorsitzenden wählte.

Jan Pinot bastelte. Nur zu seinem Vergnügen. Selbstverständlich. Zu Hause hatte er einen Zwölföhrenempfänger mit Zentralheizung und Ventilation. Damit fing er an.

Er bastelte ihn äußerst vorsichtig, an Hand von einem Fachlexikon. Die Sache ging glänzend.

Es war ein wirkliches Vergnügen, selbst etwas zu leisten. Molly wird staunen, lächelte Jan Pinot und vergaß zum ersten Male das verabredete Rendezvous. Molly staunte natürlich

nicht, sondern nannte ihn am nächsten Tage telephonisch einen Idioten. Was wieder zur Folge hatte, daß sich seine glühenden Empfindungen für sie beträchtlich abkühlten. Was verstand sie vom Basteln, von den Trieben seiner Seele. Nichts!

Selbstverständlich ging er nunmehr in der Bastelei vollständig auf. Ein Sperrkreis umzog ihn, sein Dasein bestand aus dem Studium doppelter Zylinderspannungen und Gitterspannungen, die mit den Gitterspannungen seiner vergangenen Abenteuer nichts gemein hatten.

Das Zusammenbasteln so einer Sache war natürlich bei dieser Kompliziertheit beträchtlich schwieriger. Es regte unbekannte Kräfte in ihm an. Pluspole und Schaltungspläne stellten jede Erinnerung an Molly in den Schatten. Sie war für ihn tot.

Dafür aber auch die Erinnerung an die alte Zusammenfassung des Zwölföhrenapparates mit der Zentralheizung und der Ventilation.

Stundenlang saß er bei den Neutralisationspulven. Verbrauchte zweiunddreißig Kilogramm Lüge, lieferte hunderundeinundneunzig Röhren und legte zum besseren Halt das ganze Werk in Gummi arabicum.

Als er nach sechsundsechzig Tagen mit dem Zusammenbau fertig war, legte sein ahnungsvolles Kanarienvogelweibchen versehenlich ihre zwei Eier in den Kasten. Der Apparat wurde abends im Kreise des Bastelklubs seiner Bestimmung übergeben, und nach zwei Stunden schrien die jungen Kanarienhähne in ihm. Die Zentralheizung mit Verstärkung hatte gewirkt.

Es gab eine Sensation. Die Zeitungen bemächtigten sich der Angelegenheit — der Konzern für künstliches Brutweien versuchte diesen sonderbaren Radioapparat der nebenbei einwandfrei funktionierte, zu erwerben. Pinot ließ ihn patentieren.

Die Versöhnungsversuche Mollys wies er selbstverständlich zurück.

Die erste Erfindung des berühmten Jan Pinot war ein Produkt des Zufalls. Eine lächerliche Fügung fadencheiniger Ereignisse.

Ein kurzer Traum

Von Franz Friedrich Oberhauser.

Manchmal geschehen zwischen den steinernen Mauern ganz alltägliche Dinge, die aber im Grunde genommen, daß wie ein Märchen anmuten und als solches auch anzusprechen wären. Sehr selten sind solche Vorkommnisse: die Hast des Lebens, die Jagd nach Geld, die Mühsal, die vielen Sorgen vom Herzen zu halten, sie alle lassen manchen Lichtblick und manchen hellen Traum übersehen.

Großstadtmärchen sind einsam, kommen und gehen wie Sonnenstrahlen über die graue Stadt, wie Sonnenlichter, hell und golden, schön und froh...

Mit halbhungrigen Magen ging da eines Tages der kleine Rudolf Lohwasser in die Schule. Er trottete langsam dahin, blieb manchmal vor den Auslagen eines früh aufgesperrten Geschäftes stehen, um nachzusehen, ob noch alle Bonbons in den Schachteln lagen, oder er stand vor den Fenstern der kleinen Kaffeehandlungen und dann erinnerte er sich an die Schale schwarzen Kaffees, den heute sein Pflegerater — man kann nicht sagen — „ferviert“ hatte. Und hier tranken sie weißen Kaffee und aßen Semmeln. Und jetzt sah er, wie ein Mann die Schale gar nur halb zu Ende trank und aufstand und fortging.

In diesem Augenblick schlug es von einer Kirche die achte Stunde.

Der Knabe Rudolf Lohwasser stand erschrocken da und begann dann rasch der Schule zuzulaufen.

Aber nun geschah es, daß der Knabe knapp vor der Schule auf ein Pflächen stieß, das vor ihm am Boden lag. Er hülfte sich rasch, hob es auf, sah sich um und öffnete es dann: fand darin zwei Schinkenmehln und eigens in ein weiches Zeichen

Auf für den Achtfundentag!

Der Kampf geht weiter!

Von Leon Jouhaux.

Generalsekretär des Französischen Gewerkschaftsbundes und Vizevorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Auf der im April abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes ist die Behandlung der Frage der Revision der Konvention betr. den Achtfundentag auf Verlangen des englischen Regierungsbefehligen auf die Ende dieses Monats unmittelbar vor Eröffnung der Internationalen Arbeitskonferenz anberaumte Sitzung vertagt worden. Gleichzeitig gelang es der Arbeitergruppe bei der Behandlung des Problems der Revision von internationalen Konventionen zu erwirken, daß das Wort „Revision“ nicht im Sinne einer vollen Umgestaltung einer Konvention interpretiert wird, sondern, daß sich die Abänderung auf einen ganz bestimmten Punkt resp. mehrere solcher Punkte beschränken kann. Es steht dabei dem Verwaltungsrat des I. A. U. zu, jene Punkte zu bezeichnen, die zur Revision auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, so daß sich die Stellungnahme der Konferenz auf diese fraglichen Punkte zu beschränken hat.

Nach diesem durch die Intervention der Arbeitergruppe herbeigeführten Beschlusse beauftragte der englische Regierungsbefehlige die Vertagung der Behandlung des englischen Vorschlages.

Dürfen wir daraus den Schluß ziehen, daß die Lektion ihre Wirkung ausgeübt und der Widerstand der Arbeiterklasse die Urheber dieser reaktionären Initiative zur Besinnung gebracht hat? Wir möchten es gerne glauben, doch wir dürfen uns nicht diesem gefährlichen Optimismus hingeben. Der Kampf ist nicht beendet und es sind noch große Anstrengungen seitens der Arbeiterklasse nötig, bis die Konvention über den Achtfundentag endgültig in Sicherheit ist. Wenn nun auch die Gegner des Achtfundentages zum Rückzug gezwungen worden sind, so sind sie doch leider noch nicht besiegt. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß sie ihre Angriffe in kurzer Zeit wiederholen, vielleicht in noch hinterlistigerer und damit noch gefährlicherer Weise.

Der Kampf nimmt seinen Fortgang.

Der Einsatz ist so groß und wichtig, daß sich die organisierte Arbeiterklasse keinen Augenblick von ihrer Wachsamkeit abhalten lassen darf.

Dem Internationalen Gewerkschaftsbunde ist es zu danken, daß sofort nach seiner Wiederaufrichtung nach dem Kriege auf der ersten, im Jahre 1919 in Washington abgehaltenen internationalen Arbeitskonferenz die Annahme der Achtfundentagkonvention erfolgte. Dergleichen kann er das Verdienst in Anspruch nehmen, diese Reform im Laufe der Jahre wirtschaftlicher Not aufrecht erhalten zu haben.

An Angriffen fehlte es allerdings nicht. Jedes Argument war gut genug, um den Achtfundentag für das wirtschaftliche Chaos verantwortlich zu machen, in das der ungebändigte Egoismus der herrschenden Klassen die Welt stürzte.

Von allen Regierungen ratifiziert wäre die Achtfundentagkonvention das Geßel der Welt geworden. Durch die Achtfundentagkonvention wurde es möglich, allen Völkern gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten zu geben und die Schmutzkonzurrenz, das Dumping auszuschalten.

Glauben jene, die die Stimme der Vernunft nicht hören wollten, daß nun die Arbeiter auf ihre Weisheit eingehen und ihren schönrednerischen Zusicherungen über die Respektierung des Prinzips des Achtfundentages Glauben schenken werden?

Ihr Spiel ist zu durchsichtig, als daß es die Arbeiterklasse zu täuschen vermag. Gestützt durch Pflichterfüllung und Hingabe an den Dienst der Verteidigung des Achtfundentages und des sozialen Fortschrittes sind die gewerkschaftlichen Organisationen über die Angriffe und Verleumdungen der Kommunisten hinweggegangen. Ebenso werden sie hinweggehen über das Gerücht der Reaktion. Die Arbeiterklasse läßt sich weder durch Schmeichelei oder Drohen der Reaktion noch durch das Schimpfen und Geiße der kommunistischen Schreier von ihrem Weg ablenken. Von ihrem Recht überzeugt, selbstbewußter als je und vertrauensvoll auf die Gemeinsamkeit ihrer Interessen gehen die im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiterorganisationen ihren Weg nach der Befreiung der Arbeiterklasse. Der Achtfundentag ist dabei eine erste Etappe, von der sie unter keinen Umständen zurückweichen werden. Auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz wird sich Gelegenheit bieten, diesen unerlöschlichen Willen des Weltproletariats kundzutun.

Angeichts dieser einstimmigen Willensäußerung müssen sich jene, die die soziale Gerechtigkeit verachten, darüber klar sein, daß, wenn Abänderungen in der Achtfundentagkonvention erfolgen sollen, diese nicht in einschränkendem Sinne zur Schmälerung der endgültig errungenen Vorteile beitragen, sondern nur den Zweck der Beschleunigung der Ratifizierung und allgemeinen Durchführung der Konvention haben können.

Kongress des dänischen Gewerkschaftsbundes

Die gewerkschaftliche Landeszentrale Dänemarks hielt am 8., 9. und 10. Mai in Kopenhagen ihren ordentlichen Kongress ab, der von annähernd 600 Delegierten und Gästen besucht war, darunter auch C. Mortens als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Aus dem vom Vorsitzenden Madsen erstatteten Bericht geht hervor, daß die 3 jährige Berichtsperiode durch umfassende Arbeitskämpfe, große Arbeitslosigkeit und versteckte und offene Angriffe der Reaktion und der arbeiterfeindlichen Regierung gekennzeichnet war. Durch den Austritt des dänischen Fabrikarbeiterverbandes hat die Landeszentrale ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, während drei kleinere Verbände sich neu angeschlossen haben. Die Landeszentrale umfaßt nun 52 Verbände mit insgesamt 156 956 Mitgliedern oder ungefähr die Hälfte der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Dänemarks. Nach Annahme des Geschäftsberichtes behandelte der Kongress die Frage der Grenzstreitigkeiten zwischen den Verbänden, ein Problem, das angesichts der großen Zahl der in Dänemark bestehenden Organisationen eine bedeutendere Rolle spielt als in den meisten anderen Ländern. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Grenzstreitigkeiten in der Organisationsfähigkeit einen viel zu großen Platz einnehmen. Ferner wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die streitenden Parteien sich näher auf die Entscheidungen des Grenzausschusses fügen. Einen breiten Raum nahm die Frage des Zusammenchlusses aller dänischen Gewerkschaften im Gewerkschafts-



Ein „Denkmal der Arbeit“

wurde vor der Trabehalle, dem Gewerkschaftshaus, in Melbourne (Australien) von Arbeitern errichtet. Die drei Leuchten unter der goldenen Weltkugel sollen die Einführung des Achtfundentages in Australien symbolisieren.

bund ein. Im Jahre 1926 hatte die Landeszentrale eine besondere Kommission zur Förderung der Einheitsbestrebungen eingesetzt, die nun dem Kongress Bericht erstattete. Die Kommission hat sich an alle nichtangeschlossenen Verbände gewandt und teilweise auch mit ihnen wegen des Anschlusses an die Landeszentrale verhandelt. Da jedoch ein diesbezüglicher Beschluß erst vom Verbandstag und durch Urabstimmung angenommen werden kann, konnte die Arbeit der Kommission noch keine positiven Ergebnisse zeitigen. Dessen ungeachtet ist anzunehmen, daß sich die Einheitsbestrebungen in den nächstfolgenden Jahren in günstigem Sinne auswirken werden. Es wurde besonders der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es bald gelingen möge, den Wiederanschluß des Fabrikarbeiterverbandes herbeizuführen. In diesem Sinne wurde beschlossen, daß die Kommission ihre Arbeit fortsetzen soll. Die zur Urabstimmung angenommene Resolution besagt u. a., daß der Vorstand zu gegebener Zeit mit dem Arbeitgeberverband verhandeln soll, um eine generelle Lösung der Urlaubsfrage für die Berufe herbeizuführen, denen es noch nicht möglich war, eine Urlaubsregelung zu treffen. Ein vom Sattler- und Tapetiererverband gestellter Antrag, dem Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.) aufzufordern, eine Konferenz zwischen dem I. G. B. und der A. G. J. und den außerhalb dieser Internationalen stehenden Landeszentralen einzuberufen, wurde gegen nur 15 Stimmen verworfen.

An Stelle des Genossen Madsen, der jahrelang an der Spitze der Landeszentrale gestanden hat, wurde der bisherige zweite Vorsitzende W. Nygaard zum Vorsitzenden gewählt. Unter stürmischen Beifall der Kongreßteilnehmer dankte der neue Vorsitzende Madsen für seine große Arbeit in der dänischen Gewerkschaftsbewegung, sowie für die Treue, mit der er stets den Interessen der Arbeiterklasse gedient hat. Es wurde außerdem beschlossen, der tiefen Dankbarkeit der Gewerkschaften auch auf andere Weise Ausdruck zu verleihen.

Am letzten Kongreßtage wurde bekannt, daß der höchste Gerichtshof den Landarbeiterverband und den Gewerkschaftsbund verurteilt hatte, in solidum einigen Bauern, über die der Landarbeiterverband einen nach Meinung des Gerichts rechtswidrigen Boykott verhängt hatte, insgesamt 155 000 Kronen Schadenersatz zu zahlen. Dies ist bereits das zweite Urteil in derselben Sache, indem daselbe Gericht schon früher die beiden Organisationen zur Zahlung eines Schadenersatzes von 138 000 Kr. verurteilt hat, obwohl vor Gericht nachgewiesen werden konnte, daß die betr. Bauern einen derartigen Schaden überhaupt nicht erlitten haben können. Es würde hier zu weit führen, auf die Vorgänge, die zu diesem Urteil geführt haben, näher einzugehen; es soll nur festgestellt werden, daß das Urteil weder mit Recht noch Gerechtigkeit etwas gemein hat, sondern nur von der Parteilichkeit, sowie dem Arbeiterhaß der betr. Richter diktiert wurde und allgemein als eine Ungeheuerlichkeit angesehen wird. Im Hinblick auf die Mitgliederzahl wird man verstehen, daß diese Geldbuße von insgesamt 293 000 Kr. für den Gewerkschaftsbund einen harten Schlag bedeutet. Das Urteil rief unter den 600 Kongreßteilnehmern große Empörung hervor, und der Kongress nahm sofort Stellung dagegen. In einer hierzu angenommenen Entschließung wird das Urteil als ein Klassenurteil und als feindliche Handlung gegen eine schlecht entlohnte und während vieler Jahre unterdrückte Gruppe von Arbeitern bezeichnet. Es wird schließlich der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß dieses Klassenurteil dem Landarbeiterverband Tausende von neuen Mitgliedern zuführen werde.

Ungarn und der Achtfundentag

Direkten Nachrichten aus Ungarn zufolge brachte kürzlich der Generalsekretär des Ungarischen Gewerkschaftsbundes, Gen. Karl Bayer, im ungarischen Parlament die Frage des Achtfundentages zur Sprache, was zur Folge hatte, daß nunmehr der Minister für Volkswohlfahrt unter Berufung auf die Ausführungen Bayers eine Erklärung abgab, wonach er den Gesetzentwurf betr. den achtfundentägigen Arbeitstag vorbereiten werde.

Was die Kampagne der ungarischen Gewerkschaften für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betr. den Achtfundentag betrifft, so erfahren die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß die Regierung alle Zusammenkünfte und Versammlungen am 1. Mai, sowie drei Tage vor und nach diesem Datum verbot. Die Gewerkschaften, die trotzdem den 1. Mai mit Arbeitsruhe feierten, veranstalteten deshalb an diesem Tage Ausflüge und verlegten die Agitation in die Woche vor dem 1. Mai. In der Hauptstadt und der Provinz wurden an die Behörden Gesuche für die Abhaltung von insgesamt 49 Versammlungen eingereicht. In 10 Fällen wurde die Bewilligung nicht erteilt. Die übrigen Versammlungen nahmen einen imposanten Verlauf und führten zur Annahme von Resolutionen, in denen vorwiegend nachstehende zwei Forderungen aufgestellt wurden:

1. Die Regierung unterbreitet dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf betreffend die obligatorische Einführung des achtfundentägigen Arbeitstages, resp. der 48 stündigen Arbeitswoche.

2. Bis zur gesetzlichen Sicherung des achtfundentägigen Arbeitstages soll die Regierung in den staatlichen und öffentlichen Betrieben jede Arbeit über den achtfundentägigen Arbeitstag hinaus verbieten.

Eine interessante Abstimmung

Seit der großen Aussperrung der englischen Bergarbeiter und der Gründung der sog. „nicht-politischen“ oder mit anderen Worten gelben Bewegung von Spencer ist die organisatorische Lage der Bergarbeiter eine äußerst verwickelte. So gibt es in Nottinghamshire zur Zeit einen Verband von Spencer, die alte freigewerkschaftliche Organisation und daneben — infolge dieser gelben Spaltungsmanöver — eine besonders große Zahl von Unorganisierten. Besonders ungünstig spielt dabei die Tatsache mit, daß sich natürlich die Bergherren mit Freude auf den neuen gelben Verband stürzten und dabei so weit gingen, daß sie nur ihn anerkannten und sogar Arbeiter entließen, die sich ihm nicht anschließen wollten. Angesichts all dieser Schwierigkeiten und Rivalitäten griff der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes zu einem bis jetzt nie erprobten Mittel: er veranstaltete eine direkte, unparteiische Abstimmung, die von 150 dem Generalrat völlig unbekanntem, aus allen politischen Lagern stammenden Personen, sowie von einer angesehenen Wollwarenfirma peinlich kontrolliert wurde und Klarheit darüber bringen sollte, „von welchem der beiden Verbände sich die Bergleute in Zukunft vertreten lassen wollen“. Das Resultat ist eine gründliche Niederlage des „Spencerismus“. Von den insgesamt in diesem Distrikt beschäftigten 45 000 Bergarbeitern nahmen 75 Prozent, d. h. 32 277 Bergleute an der Abstimmung teil und von diesen sprachen sich nur 2533 für den Spencerverband aus.

Die Abstimmung bedeutet einen überwältigenden Sieg der freien Gewerkschaften. Die Unternehmer — und zwar auch außerhalb des Bergbaus — sollten nach einer solchen Willensbekundung endlich einsehen, daß sie mit ihren kleinlichen Manövern gegen die freie Gewerkschaftsbewegung nichts ausrichten können. Die Abstimmung ist des ferneren eine gute Lektion für die Regierung Baldwin, die mit ihrem Gesetz betr. die Gewerkschaften ähnliche Ziele verfolgte wie die Bergherren mit der Unterstützung des Spencerverbandes.

Erhöhung der Mitgliederzahl des Verwaltungsrates des I. A. U.

Bekanntlich versucht das Internationale Arbeitsamt (I. A. U.) die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates von 24 (12 Regierungsvertreter und je 6 Vertreter der Unternehmer und Arbeiter) auf 32 (16 Regierungsvertreter und je 8 Arbeitervertreter) zu erhöhen, was eine Abänderung des Artikels 393 des Friedensvertrages und ihre Ratifizierung durch $\frac{2}{3}$ der Mitgliedsstaaten, d. h. zur Zeit 42 Staaten, nötig macht. Bis jetzt sind 35 Ratifikationen eingelaufen. Dazu dürften demnächst noch Uruguay und Salvador kommen, so daß dann noch 5 Ratifikationen fehlen. Stellen sich diese bis Ende Mai, d. h. bis zur Eröffnung der Internationalen Arbeitskonferenz, nicht ein, so wird der Verwaltungsrat für die nächsten drei Jahre wiederum nur 24 Mitglieder umfassen.

Mitgliederzunahmen in Oesterreich

Die durch den Krieg und die außergewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit so hart getroffene österreichische Gewerkschaftsbewegung meldet wieder steigende Mitgliederzahlen. Laut offiziellen Angaben der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission umfaßte die Landeszentrale Ende 1927 597 771 Männer und 174 991 Frauen, d. h. insgesamt 772 762 Mitglieder. Die Zunahme des Gesamtstandes gegenüber Ende 1926 beträgt 16 370 Mitglieder.



Wie man in Amerika wählt

Ein Wahllokal in U. S. A. mit den primitiven Kabinen, in denen die Wähler ihre Stimmzettel ausfüllen. Im Vordergrund die Wahlurne.

Zinkartell gegründet

Die Gründung des europäischen Zinkartells ist nunmehr in Brüssel erfolgt. An der Sitzung nahmen sämtliche europäischen Produzenten teil, so daß 95 Prozent der europäischen und rund 48 Prozent der Weltproduktion von dem Kartell kontrolliert werden. Zunächst ist ein statistisches Büro gebildet worden. Bereits bestehen auch Pläne zur Einschränkung der Produktion.

Rußland

In Rußland ist man bestrebt, die Auflage des Zentralorgans der Gewerkschaften „Trud“ bis zum Januar 1929 „wenigstens“ auf 100 000 zu bringen. Wenn man bedenkt, was für Papierfluten die Russen über ihre kleine Zahl von Anhängern in der übrigen Welt ergießen, so ist eine Auflage von 100 000 bei einer Mitgliederzahl von 10 000 000 im eigenen Lande wirklich bescheiden klein und läßt allerlei Schlußfolgerungen bezüglich des „gewaltigen“ Interesses zu, das die Arbeiter Rußlands ihrer Zentralorganisation entgegenbringen.

Griechenland schließt sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund an

Der in den letzten Tagen abgehaltene Kongress des Griechischen Gewerkschaftsbundes hat mit 322 gegen 1 Stimme den Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.) gutgeheißen. Dieser Beschluß darf sicherlich als ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden Konsolidierung der Gewerkschaftsbewegung des nahen Ostens betrachtet werden, besonders, wenn man bedenkt, daß die Kommunisten nach ihren erfolglosen Bestrebungen zur Errichtung eines „Ausfallstores“ in den Balkanstaaten mit großen Mitteln versuchten, die noch jugendliche und schwache griechische Gewerkschaftsbewegung mit ihren politischen Plänen zu verwirren. Es ist zu hoffen, daß der Griechische Gewerkschaftsbund, der bereits seit langer Zeit mit dem I. G. B. in freundschaftlichen Beziehungen steht und schon im Jahre 1926 auf dem vom I. G. B. organisierten Balkan-Kongress vertreten war, seine Stellung nun so zu säubern und zu festigen vermag, daß eine von allen unklaren Zielen freie und wirklich praktische gewerkschaftliche Tätigkeit ihren Anfang nehmen kann.

Sportliches

Die Prager Spartakiade verboten.

Die von der tschechischen Sektion der Roten Sportinternationalen als Teilsaktion der Moskauer Spartakiade vorgesehene Veranstaltung in Prag ist von der tschechischen Regierung verboten worden. Begründet wird das Verbot mit der politischen Propaganda, die die Veranstaltung zeitigen würde.

Vom russigen Arbeiter-Turn- und Sportverband erfahren wir dazu folgendes:

Es steht fest, daß die Spartakiade eine politische Sache werden sollte. Turnsportlich wäre sie zusammengebrochen, nachdem die Turnsache bei der Föderation derzeit sehr niederliegt. Durch das Verbot ist natürlich der kommunistischen Bewegung neuer Agitationsstoff geliefert worden — vielleicht absichtlich — und bald werden sich Agitatoren mit der Märtyrerkrone schmücken.

Bezeichnend ist, daß die Kommunisten nun alle möglichen Organisationen zu Protestaktionen aufzurufen suchen und der tschechisch-nationalistische Verband (meistens Angestellte in Staatsbetrieben) eine flammende Protestnote an die kommunistische Presse richtete.

Nach unser Verband wird eine Resolution einreichen, doch nicht die von den Kommunisten zur Unterschrift vorgelegte, sondern eine eigene.

Die Spartakiade hätte sicher bei uns wie beim deutschen Verband ihre Spuren hinterlassen. Es hätten sich eine Anzahl von Turnsportlern daran beteiligt. Wir hätten sie bei uns ausgeführt. Auch in Deutschland wäre es da zu Reibereien gekommen. Scheinbar wurde ein solcher Anlaß von den Kommunisten schon lange gesucht, um einmal in dieser Richtung „Agitation“ zu treiben. Denn trotz unserer Beschlüsse an der Spartakiade nicht teilzunehmen, wurde uns von Kommunisten bereits

Gesagt: „Ihr könnt beschließen, was ihr wollt, wir gehen ja doch hin.“

Gewiß verurteilen wir die reaktionäre Verjüngung ebenfalls, nur haben wir halt da so eine eigene Meinung, die natürlich den Kommunisten nicht in den Kram paßt. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß uns die Behörden bei solchen Festen keine Vorschriften zu machen haben. Aber mit Nationalisten, die sich von den Sozialen fast in nichts unterscheiden, machen wir keine gemeinschaftliche Sache.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Sonntag, 19.15: Uebertragung des Gottesdienstes. 12: Zeitzeichen und Berichte. 12.10: Konzert, übertragen aus Warschau. 14: Religiöser Vortrag. 14.20: Vorträge. 15.15: Konzert der Warschauer Philharmonie. 17.20: Verschiedene Berichte. 17.40: Uebertragung aus Warschau. 19.35: Vorträge. 20.30: Konzert von Warschau und Posen. 22: Zeitzeichen und die Abendberichte. 22.30: Tanzmusik.

Montag, 16.20: Nachrichten. 16.40: Vortrag. 17.20: Gerichtsstunde. 17.45: Tanzmusik. 18.55: Englische Lektüre. 19.15: Verschiedene Berichte. 19.35: Vorträge. 20.30: Internationales Konzert, übertragen von Warschau auf Wien und Prag. 22: Berichte.

Katowice — Welle 422.

Sonntag, 19.15: Uebertragung aus der Kattowitzer Kathedrale. 12.10: Uebertragung aus Warschau. 14: Vorträge. 15.15: Uebertragung aus Warschau. 17.20: Verschiedenes. 17.40: Programm von Warschau. 18.55: Vorträge. 20.30: Konzert. 22: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Konzertübertragung.

Montag, 12: Uebertragung von der Kirche „Notre Dame“, Zeitzeichen, Berichte und Schallplattenkonzert. 16.25: Für die Pfadfinder. 16.40: Vorträge. 17.45: Programm von Warschau. 19.30: Französischer Sprachunterricht. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22: Sportberichte. 22.30: Konzertübertragung.

Posen Welle 344,8.

Sonntag, 10.15: Uebertragung des Gottesdienstes aus Wilna. 11.45: Landwirtschaftlicher Vortrag. 16.30: Konzert der Warschauer Philharmonie. 17.20: Verschiedenes. 17.30: Kinderstunde. 18.30: Klavier in französischer Sprache. 19.10: Vorträge. 20.30: Konzert von Warschau und Posen. Anschließend Berichte und Tanzmusik.

Montag, 13: Schallplattenkonzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Volkemusik. 19.15: Französischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Internationaler Konzertabend. 22: Zeitzeichen, Wetterbericht.

Warschau — Welle 1111,1.

Sonntag, 10.15: Uebertragung des Gottesdienstes. 12: Zeitzeichen und versch. Berichte. 12.10: Uebertragung aus der Philharmonie. 14: Vorträge. 15.15: Sinfoniekonzert der Philharmonie. 17.20: Verschiedenes. 19.10: Vorträge. 20.30: Konzertabend. Anschließend Berichte und Tanzmusik.

Montag, 12: Zeitzeichen, Berichte, Schallplattenkonzert. 16: Vortrag. 16.40: Vortrag in der Abteilung Militär. 17.45: Für die Kinder. 18.15: Uebertragung von Tanzmusik aus dem Cafe „Gastronomia“. 19.05: Landwirtschaftlicher Vortrag. 19.35: Französischer Sprachunterricht. 20.30: Internationaler Konzertabend von Warschau übertragen auf Prag und Wien. 22: Die letzten Abendberichte. 22.30: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 329,7

Breslau 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Veruche und für die Funkindustrie auf Schallplatten *). 12.55: Neuerer Zeitzeichen. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Veruche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung *). 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung *). 22.00: Zeit-

anzeige, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schließigen Funkstunde A-G.

Sonntag, den 20. Mai, 8.45: Uebertragung des Gloden-geleuts der Christuskirche. — 11: Katholische Morgenfeier. — 12: Schubert-Chöre. — 14: Mittelfunk. — 14.10: Stunde des Landwirts. — 14.35: Schachfunk. — 15—15.30: Märchenstunde. 15.30—16: Englische Lektüre. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18.25: Wetterbericht. — 18.30—18.55: Abt. Philatelie. 18.55—19.20: Heiteres Gemeintes und Ungemeintes. — 19.20—19.45: Abt. Philosophie. — 19.45—20: Schließige Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. — 20.30: Was alten und neuen Operetten. — 22: Die Abendberichte. — 22.30—5: Uebertragung aus Berlin: Tanzmusik der Kapelle Otto Kernbach. Das Programm des Sonntags wird von Fall zu Fall zur Bekanntgabe der einlaufenden Wahlergebnisse unterbrochen.

Montag, den 21. Mai, 16—16.30: Abt. Welt und Wanderung. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18—18.25: Stunde mit neuen Notizen. — 18.25—18.50: Abt. Sport. — 19.25—19.50: Abt. Zahnheilkunde. — 19.50—20.15: Was in die Zeit. — 20.30: Hanni geht tanzen. Operette in drei Bildern.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Freitag, den 25. Mai 1928, 1/3 Uhr abends, findet im Hotel Zentral, Zimmer 11, die statutenmäßige Generalversammlung des Bundes für Arbeiterbildung, Ortsgruppe Kattowitz, statt. Jeder Kulturverein muß 2 Delegierte zu dieser Generalversammlung schicken. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Anträge zur Generalversammlung des Bundes am 2. Juni 1928 in Krol. Huta. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Versammlungskalender

Versammlungen des Bergarbeiterverbandes.

Schwientochlowitz. Sonntag, 20. Mai, vorm. 10 Uhr, beim Herrn Dufok. Referent zur Stelle.

Katowice. Ortsauschuß. Am Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9 Uhr, im Zentralhotelsaal Ortsauschussführung der freien Gewerkschaften. Erscheinen aller Delegierten dringend erwünscht.

Kattowitz. D. M. P. Am Sonnabend, den 19. Mai, nachmittags 7 1/2 Uhr, findet im Zentralhotel, Katowice, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung des Kandidaten zum 18. Verbandstag. 2. Verschiedenes. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung (1. Punkt) ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dielem kein Zutritt.

Domb-Josefsdorf. Am 20. Mai, vormittags 10 Uhr, in Agneschütte Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften. Die Mitglieder aus Benzlowitz sind dazu herzlich eingeladen. Ref.: Sejmabg. Kowoll.

Königshütte. Metallarbeiter! Am Sonntag, den 20. d. Mts., vorm. 10 Uhr, findet in Bismarckhütte bei Freitel eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt.

Kostuchna. Am 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften bei Weiß. Referent: Sejmabg. Gen. Kowoll.

Kostuchna. „Freie Sänger“. Am Sonnabend, den 19. Mai, abends 7 Uhr, findet im Lokal Weiß die Quartalsversammlung statt. Anschließend Generalversammlung des „Bundes für Arbeiterbildung“.

KANOLD

SAHNENBONBONS

von unübertrefflicher Güte

Zu haben in Zuckerwaren-Handlungen

General-Vertreter Ignacy Spira
Kraków, Poselska 22.



TEEKANNE

Rot

gehaltvoll, aromatisch, die reine
Indo-Ceylon-
Teemischung feinsten Kalises,
bei leichtem Aufguss ohne, bei
kräftigem mit Sahne zu empfehlen.

Central-Hotel · Kattowitz

Dworcowa 11 (Bahnhofstraße)

Treffpunkt aller Gewerkschaftler und Genossen

Angenehmer Familien-Aufenthalt :: Gesellschafts- und Versammlungsräume vorhanden

Gut gepflegte Biere und Getränke jeglicher Art
Vortrefflicher Mittagstisch. Reiche Abendkarte

Um gest. Unterstützung bittet die Wirtschaftskommission
J. A.: August Dittmer

Das Blatt der handarbeitenden Frau
Beyers Monatsblatt für

Handarbeit u. Wasche

Mit vielen Beilagen.

Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 Pf.,
frei ins Haus 5 Pf. mehr.

Ihr Buchhändler führt sie!

VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG

Inserate
in dieser Zeitung
haben
den größten
Erfolg!



MAN VERLANGE
DRUCKMUSTER UND
VERTRETERBESUCH

DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL UND GEWERBE
INDUSTRIE UND BEHÖRDEN
VEREINE UND PRIVATE
IN DEUTSCH UND POLNISCH

BÜCHER, BROSCHÜREN, ZEITSCHRIFTEN, FLUGSCHRIFTEN,
PLAKATE, PROSPEKTE, WERBEDRUCKE, KUNSTBLÄTTER,
WERTPAPIERE, KALENDER, DIPLOME, KARTEN, KUVERTS,
ZIRKULARE, BRIEFBOGEN, RECHNUNGEN, PREISLISTEN,
FORMULARE, PROGRAMME, STATUTEN, ETIKETTEN USW.

KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TEL. 2097